

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

39–40/2009 · 21. September 2009



Türkei

Mehtap Söyler

Der demokratische Reformprozess in der Türkei

Şahin Alpay

Die politische Rolle des Militärs in der Türkei

Ismail Ermagan

EU-Skeptizismus in der türkischen Politik

Susanne Güsten

Die Kurdenfrage in der Türkei

Loay Mudhoon

Die türkische AKP als Vorbild für die arabische Welt?

Dirk Halm · Dietrich Thränhardt

Der transnationale Raum Deutschland–Türkei

Editorial

Im Dezember 2004 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EU, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei einzuleiten. Damit honorierten sie die enormen Reformanstrengungen, die das Land in den Jahren zuvor unternommen hatte, um die Beitrittskriterien zu erfüllen. Der Schwung jener Jahre scheint jedoch verflogen. Zum einen haben äußere Faktoren wie die ungelöste Zypern-Frage und die ablehnende Haltung des französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy und der Bundeskanzlerin Angela Merkel gegenüber einem türkischen EU-Beitritt die Verhandlungen stocken lassen. Zum anderen sind innertürkische Konflikte und die Reformmüdigkeit der türkischen Regierung von Ministerpräsident Tayyip Erdoğan (AKP) verantwortlich.

Nach der Gründung der Republik Türkei 1923 hatte ihr erster Präsident Mustafa Kemal „Atatürk“ konsequent einen Verwestlichungs- und Modernisierungskurs verfolgt. Der Islam wurde als Staatsreligion abgeschafft und aus dem öffentlichen Raum verbannt. Durch die jüngste politische Entwicklung sind althergebrachte Vorstellungen über das Verhältnis von Religion und Moderne ins Wanken geraten. Denn nicht die säkularen, kemalistischen Kräfte, die sich als Bewahrer der Prinzipien „Atatürks“ sehen, steuern das Land in Richtung EU, sondern die konservativ-religiöse AKP, die aus dem Reformflügel einer verbotenen islamistischen Partei hervorgegangen ist.

Die alte kemalistische Elite, die über Jahrzehnte die Politik bestimmte, ist in der Defensive. Im Zuge der Reformen wurde der Einfluss des Militärs beschränkt. Im „Ergenekon“-Prozess sind neben Staatsbeamten, Journalisten und Unternehmern erstmals auch ehemalige hochrangige Militärs angeklagt, als Mitglieder der nationalistischen Organisation einen Putsch vorbereitet zu haben. Die gesellschaftlichen Umwälzungen, die in der Türkei stattfinden, werden indes Bestand haben – unabhängig davon, wie sich der EU-Beitrittsprozess entwickelt.

Manuel Halbauer

Der demokratische Reformprozess in der Türkei

Nachdem die Türkei erstmals 1959 beantragt hatte, in die Europäische Union (EU) bzw. in die damalige Europäische Wirtschaftsgemeinschaft aufgenommen zu werden, wurde ihr schließlich 1999 durch den Europäischen Rat in Helsinki offiziell der Kandidatenstatus verliehen. Seitdem hat sich der EU-Beitrittsprozess in der Türkei in einen demokratischen Reformprozess verwandelt, der historisch genannt werden kann. Ein Drittel der Verfassungsartikel

Mehtap Söyler

M. A., M. Sc., geb. 1975; Studium der Internationalen Beziehungen an der Middle East Technical University in Ankara, promoviert seit 2007 an der Berlin Graduate School of Social Sciences, HU Berlin, Luisenstraße 56, 10117 Berlin. soeylerm@sowi.hu-berlin.de

wurde geändert und über 200 Gesetzesartikel wurden in zehn „Harmonisierungspaketen“ in Einklang mit den politischen der „Kopenhagener Kriterien“ gebracht. Diese fordern von Beitrittskandidaten Standards in Bezug auf die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung und die Menschen- und Minderheitenrechte. Nach dem Beginn der Beitrittsverhandlungen im Oktober 2005 ist der Reformprozess jedoch zum Stillstand gekommen und von zwei Staatskrisen unterbrochen worden. Welche Faktoren haben den Verlauf des Reformprozesses beeinflusst? Was bedeuten die Reformen für die Demokratie in der Türkei? Zur Beantwortung dieser Fragen ist es unabdingbar, das Augenmerk zunächst auf die Art und Weise der Umsetzung der Reformen zu lenken, insbesondere auf die neue demokratische Kontrolle des Militärs sowie den damit eng verbundenen „Staat im Staate“. Dieser hat längst eine halbformelle kriminelle Herrschaftsstruktur entstehen lassen.

Der Rahmen des Politischen wurde in der Türkei in erster Linie vom Kemalismus bestimmt, der in den 1930er Jahren zur Staatsideologie erhoben wurde, sowie von dessen Hauptvertreter, den türkischen Streitkräften. Das Militär hat das demokratische System vier Mal ausgehebelt, wobei es sich stets auf die ihm selbst zugewiesene Rolle als laizistischer „Hüter der kemalistischen Prinzipien“ berief: Putsch 1960 und 1980 sowie zwei „unbewaffnete“ militärische Interventionen 1971 und 1997 stürzten die jeweiligen Regierungen. Die regelmäßige Einschränkung der effektiven Regierungsgewalt gewählter Repräsentanten durch das Militär ist das gravierendste Defizit des politischen Systems der Türkei und gemäß der Demokratietheorie Kennzeichen einer „Enklavendemokratie“.¹

Das staatszentrierte Projekt zur Modernisierung des Landes – nach dem kemalistischen Nationalstaatsverständnis – schuf zwei zentrale politische Konfliktlinien. Die erste verläuft zwischen traditionell verwurzelter Bevölkerung und ihren gewählten Repräsentanten auf der einen und der kemalistisch-laizistisch eingestellten Bevölkerung sowie den Eliten in Militär, Bürokratie und Parlament auf der anderen Seite. Die zweite Konfliktlinie hat einen ethnischen Charakter und äußert sich in der „Kurdenfrage“.

Die Trennung von Staat und Religion ist eine unbestrittene Norm in der Türkei. Gleichwohl wurde der Laizismus von den kemalistischen Eliten zur Verbreitung ihrer Version des Islams instrumentalisiert. Im Unterschied zum Säkularismus bedeutet der türkische Laizismus nicht nur die Trennung der Macht des Staates von ihrer religiösen Rechtfertigung, sondern auch die Kontrolle der religiösen Institutionen und der Öffentlichkeit durch den Staat. Gleichzeitig war der Islam immer ein wichtiger Bestandteil des türkischen Nationalismus. Zur Eindämmung linker Opposition wurde vom Militär nach dem Putsch 1980 die sogenannte „türkisch-islami-

¹ Wolfgang Merkel/Hans-Jürgen Puhle/Aurel Croissant/Claudia Eicher/Peter Thiery (Hrsg.), Defekte Demokratie. Band 1: Theorie, Opladen 2003, S. 71.

sche Synthese“¹² propagiert, die seither die politische Mitte dominiert. Es liegt eine gewisse Ironie darin, dass gegenwärtig die regierende konservativ-islamische Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) die politische Mitte und eine Version dieses Diskurses vertritt. Die Opposition bilden die Republikanische Volkspartei (CHP) – die wichtigste Repräsentantin der kemalistischen Eliten im Parlament –, die Nationalistische Aktionspartei (MHP) – eine weitere Vertreterin der „türkisch-islamischen Synthese“ – und unabhängige Abgeordnete, von denen die meisten aber der pro-kurdischen Partei der Demokratischen Gesellschaft (DTP) angehören.

Die „Kurdenfrage“ ist primär auf ein anachronistisches Nationalstaatsverständnis zurückzuführen, das in einer faktisch äußerst multikulturellen Gesellschaft außer den Nicht-Muslimen keine anderen Minderheiten anerkennt. Diese Verweigerungshaltung führte zur politischen und kulturellen Entrechtung der Kurden und fordert vor allem in Gestalt des seit 1984 andauernden bewaffneten Konflikts zwischen den türkischen Streitkräften und der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) einen hohen Preis.

Seit 1999 ist zu diesen bis dahin dominanten Konfliktlinien die Frage des EU-Beitritts der Türkei hinzugetreten. Dabei decken sich die Lager von Beitrittsgegnern und -befürwortern weitgehend mit denen von Gegnern und Anhängern demokratischer Reformen. Das Pro-EU-Lager wird vertreten durch die Führung der AKP, die pro-kurdische DTP und die liberal gesinnte Zivilgesellschaft. Die Anti-EU-„Koalition“ setzt sich aus Vertretern der Kemalisten, der nationalistischen MHP, fundamentalistischen Islamisten und kurdischen Nationalisten zusammen.

Verlauf des demokratischen Reformprozesses

Die meisten Verfassungsänderungen wurden in der Legislaturperiode von 1999 bis 2002 von einer Dreierkoalition, bestehend aus der Demokratischen Linkspartei (DSP), der Mutterlandspartei (ANAP) und der MHP initiiert. Der Reformschub kam jedoch erst mit

¹² Gemäß dieses Diskurses setzen sich das Türkentum und der Islam gegenseitig voraus.

der Einparteienregierung der AKP nach der Wahl 2002. Die internationale Unterstützung für den durch die AKP repräsentierten gemäßigten Islam durch die USA und die EU milderte den Widerstand der kemalistischen Eliten gegen die Reformen. Der Reformeifer der AKP wiederum gründet zum einen in dem „aufgeklärten Eigeninteresse“, sich durch den EU-Beitritt gegen den Einfluss des Militärs abzusichern, zum anderen in ihrem Bemühen, den Vorwurf zu entkräften, sie befürworte die Scharia.

Nach der Phase intensiver Reformen führten im Wesentlichen fünf Faktoren zu einer Stagnation: die Vorbehalte in der EU gegenüber der Türkei, die Zypern- und die Kurdenfrage, der nachlassende Reformwille der AKP sowie die Staatskrisen. Die Verfassungskrise der EU (2005 bis 2007), die allgemeine Erschöpfung der Aufnahmebereitschaft nach den Osterweiterungen, der in einigen EU-Mitgliedsländern steigende Rechtspopulismus und die seit dem 11. September 2001 wachsende Islamophobie stärkten auf Seiten der EU die Befürworter einer „privilegierten Partnerschaft“ statt einer Vollmitgliedschaft der Türkei.¹³ Die in der Erklärung des Europäischen Rats 2004 erwähnte Möglichkeit dauerhafter Maßnahmen gegen die Freizügigkeit türkischer Arbeitskräfte erhärtete den Verdacht, die EU messe die verschiedenen Beitrittskandidaten mit zweierlei Maß. Beitrittskritiker in der Türkei mutmaßten, ihr Land werde selbst dann nicht Vollmitglied werden, wenn sein politisches System den EU-Standards entspreche. Dies hat den Reformprozess stark behindert.

Eine wichtige Rolle spielte zudem das Scheitern der Friedensinitiative der Vereinten Nationen (UN) zur Wiedervereinigung Zyperns trotz der Kooperation des türkisch verwalteten Nordzyperns. Dies führte dazu, dass 2004 allein die griechisch-zyprische Verwaltung als offizielle Vertretung der Inselrepublik Zypern der EU beitrug. Die EU wurde hierdurch faktisch Partei in der Zypernfrage. In der Türkei wuchsen die Resentiments, als die EU nach dem Beitritt ihre Zusage zum Direkthandel mit Nordzy-

¹³ Vgl. Ziya Öniş, Turkey-EU Relations: Beyond the Current Stalemate, in: *Insight Turkey*, 10 (2008) 4, S. 35–50.

Demokratische Kontrolle des Militärs

pern nicht einhielt. Im Gegenzug weigerte sich die Türkei, ihre See- und Flughäfen für südyprische Schiffe und Flugzeuge zu öffnen, woraufhin die EU 2006 acht Verhandlungskapitel aussetzte.

Die AKP machte sich die aufgeheizte nationalistische Stimmung zu eigen und legte die Reformen auf Eis. Sie sah sich gleichzeitig zunehmend vom Militär in die Defensive gedrängt und durch zwei Staatskrisen in ihrer Existenz bedroht. Vor der Präsidentschaftswahl im April 2007 wurde der AKP in einem Memorandum auf der Internetseite des Generalstabs vorgeworfen, heimlich eine islamistische Agenda zu verfolgen, was als Putschdrohung aufgefasst werden musste. Damit sprach sich die Militärführung offen gegen den Kandidaten der AKP, Abdullah Gül, aus. Daraufhin erklärte das Verfassungsgericht die erste Präsidentschaftswahlrunde für ungültig. Der Erdrutschsieg der AKP (46,6 Prozent der Wählerstimmen) in der vorgezogenen Parlamentswahl im Juli 2007 kam einer Verurteilung dieses Memorandums durch die Bevölkerung gleich und ebnete den Weg zu Güls Präsidentschaft.

Die nationalistische Stimmung in der Türkei wurde ferner durch den eskalierenden Konflikt mit der PKK geschürt und erreichte ihren Höhepunkt, als die türkische Armee Ende 2007 im Grenzgebiet zur autonomen Region Kurdistan im Nordirak PKK-Stellungen bombardierte. Die zweite Staatskrise folgte, als das Verfassungsgericht einen Verbotsantrag gegen die AKP im März 2008 annahm. Dieser wurde letztendlich abgelehnt, gleichwohl sah das Gericht in der Partei ein „Zentrum anti-säkularer Strömungen“.

Die Unterstützung des EU-Beitritts ist in der türkischen Bevölkerung seit 2004 von 71 Prozent auf 42 Prozent gesunken.¹⁴ Allerdings bedeutet dies nicht zwingend einen dauerhaften Einstellungswandel. Wie die Osterweiterungen gezeigt haben, steigt die EU-Skepsis generell während eines Beitrittsprozesses, sinkt aber wieder nach dessen Vollendung.

¹⁴ Vgl. Eurobarometer 70, Länderreport Türkei (2008), siehe: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb70/eb70_tr_nat.pdf (15. 6. 2009).

Ein entscheidendes Hindernis auf dem Weg zum EU-Beitritt stellt die mangelnde zivile Kontrolle des Militärs dar. Sie beeinträchtigt neben der effektiven Regierungsgewalt auch die horizontale Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative, beziehungsweise die *checks and balances*. Die Machtfülle des Militärs bedingt eine janusköpfige Struktur der Staatsgewalten. Die Existenz des Nationalen Sicherheitsrats (MGK) spaltet Legislative und Exekutive in einen militärischen und einen demokratisch-repräsentativen Teil, weil dessen Beschlüsse die Gesetzgebung und die Regierung beeinflussen. Der MGK setzt sich zusammen aus dem Staatspräsidenten, Teilen der Exekutive, dem Generalstabschef und den Kommandeuren der Streitkräfte. Das siebte Harmonisierungspaket von 2003 brach ein Tabu, indem das Militär erstmals umfangreichen rechtlichen Einschränkungen unterworfen wurde. Der MGK ist nunmehr lediglich ein Beratungsgremium, dessen Generalsekretär über keine weitreichenden Exekutivbefugnisse mehr verfügt. Faktisch bestimmt aber die Militärführung trotz der Mehrheit der zivilen Stimmen im MGK nach wie vor die Tagesordnung, allerdings nun primär über den Obersten Militärat (YAŞ) und vermehrte öffentliche Äußerungen und Briefings. Die Militärausgaben unterliegen weiterhin nicht der parlamentarischen Kontrolle. So werden beispielsweise die Waffenkäufe des weltweit viertgrößten Waffenimporteurs nicht im Parlament diskutiert. Auch der Rechnungshof kann die Finanzen des Militärs nach wie vor nicht prüfen, solange das entsprechende Gesetz, dessen Vorlage seit 2005 existiert, nicht verabschiedet wird.

Die unklare Kompetenzverteilung zwischen der Polizei und der paramilitärischen Gendarmerie bedingt darüber hinaus eine Militarisierung der inneren Sicherheit. Die Gendarmerie ist für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in ländlichen Gebieten – 92 Prozent der Landesfläche – zuständig, in denen die Polizei nicht vertreten ist. Offiziell dem Innenministerium unterstellt, ist sie in der Praxis dem Generalstab gegenüber verantwortlich.

Der janusköpfige Charakter der Judikative schließlich ergibt sich aus der Doppelstruktur von Zivil- und Militärgerichten, gegen die im

Zuge der Reformen angegangen wurde. So wurden 2004 zunächst die Staatssicherheitsgerichte abgeschafft, denen zivile und militärische Richter vorsäßen. Seit 2006 können Zivilpersonen nur noch in Ausnahmefällen vor Militärgerichte gestellt werden. Ein entscheidender Schritt zur Aufhebung der gerichtlichen Immunität des Militärs war die diesjährige Änderung im Strafprozessrecht, wonach Zivilgerichte nunmehr über militärisches Personal urteilen können. Bislang waren ausschließlich Militärgerichte zuständig, ganz gleich, ob es sich um eine zivile Straftat handelte oder nicht.

„Staat im Staate“

Beim „Staat im Staate“ handelt es sich um ein halbformelles kriminelles Netzwerk inner- und außerhalb der staatlichen Institutionen. Die formelle oder informelle Verkündung eines „Ausnahmestands“¹⁵ begünstigt die Herausbildung einer Herrschaftsstruktur, wie sie der „Staat im Staate“ darstellt. Die Legitimität staatlicher Autorität wird allein von deren Fähigkeit abhängig gemacht, Sicherheit und Souveränität des Staates zu gewährleisten. Insbesondere die Kompetenzbereiche des Sicherheitspersonals werden radikal erweitert. Sie genießen juristische Immunität, was den Weg für Verbindungen zu illegalen Organisationen ebnet, die durch gezielte Terroranschläge versuchen, das politische Geschehen in ihrem Sinne zu beeinflussen oder die öffentliche Meinung zu ihren Gunsten zu manipulieren.

Der „Staat im Staate“ steht heute in einer symbiotischen Beziehung zum organisierten Verbrechen und zu bewaffneten Konflikten. Teile des Sicherheitssektors, der Staatsgewalten, der Mafia, der Medien und der Wirtschaft sind in seine Strukturen integriert. Dadurch perpetuiert sich der Ausnahmezustand und ein politisches System bildet sich heraus, in dem sich der „Staat im Staate“ zu *dem* Staat selbst transformiert, also formelle und informelle Herrschaft nicht mehr klar zu unterscheiden sind. Dies wirkt sich auf das gesamte

¹⁵ Zum Ausnahmezustand vgl. Carl Schmitt, *Legalität und Legitimität*, München–Leipzig 1930; Giorgio Agamben, *State of Exception*, Chicago 2005. Zur Analyse der Türkei vgl. Mithat Sançar, *Yasallık ve Meşruluk Geriliminde Hukuk Devleti*, in: *Birikim*, (1998) 116, S. 36–44.

politische System aus: Die Rechtsstaatlichkeit wird ausgehöhlt. Hieraus resultiert eine wachsende Diskrepanz zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit.

Um sich ein klares Bild von dieser Struktur machen zu können, muss man sich ihre Entstehungsgeschichte vergegenwärtigen. Der „tiefe Staat“ (*derin devlet*), wie der türkische „Staat im Staate“ auch genannt wird, entstand nach dem NATO-Beitritt der Türkei 1952 zunächst als Teil des Militärs. Unter dem Namen „Gladio“ existieren derartige Netzwerke auch in anderen NATO-Staaten als „Stay-behind“-Organisationen im Sicherheitssektor, um die „kommunistische Gefahr“ zu bekämpfen. Allmählich verselbständigten sich diese Organisationen jedoch und versuchten, ihre Interessen mit Terrorakten durchzusetzen. Ihre Existenz war daher zunehmend schwieriger politisch zu rechtfertigen, weshalb sie nach dem Ende des Kalten Krieges in allen NATO-Mitgliedstaaten außer eben der Türkei aufgelöst wurden. Hier verhinderten dies der besondere Status des türkischen Militärs als zweitgrößte Armee der NATO und sein Kampf gegen die PKK. Der „tiefe Staat“ konnte seine Macht sogar noch ausbauen, nachdem 1987 der Ausnahmezustand in den kurdisch bevölkerten Provinzen in der Ost- und Südosttürkei verhängt worden war.

Die Skandale von Susurluk 1996 und Şemdinli 2005 haben den „Staat im Staate“ ins Licht der Öffentlichkeit gerückt.¹⁶ Die Verwicklung des Gendarmerie-Geheimdienstes JITEM, dessen Existenz das Militär bis heute leugnet, wurde mehrmals nachgewiesen.¹⁷

¹⁶ Der Autounfall bei Susurluk 1996, bei dem ein Schwerverbrecher und ein hochrangiger Polizeichef im selben Wagen starben und ein Abgeordneter der damals an der Regierung beteiligten Partei des Rechten Weges (DYP) verletzt wurde sowie der Anschlag auf einen Buchladen 2005 in Şemdinli belegten die Verflechtung von Teilen des Staates, des Sicherheitssektors und der organisierten Kriminalität.

¹⁷ Vgl. Susurluk-Bericht von Kutlu Savaş, Sonderberichterstatter des Ministerpräsidenten, in: <http://akgul.bilkent.edu.tr/Dava/susurluk/> (8. 7. 2009); Bericht und Protokolle der Susurluk-Kommission des türkischen Parlaments; Veli Özdemiş, İfade Tutanaqları, TBMM Komisyon Raporu'na Muhalefet Şerhleri ile Birlikte, Susurluk Belgeleri, İstanbul, 1997. Beide Berichte verweisen auf die Verwicklung der damaligen Premierministerin Tansu Çiller und des Innenministers Mehmet Ağar sowie mehrerer Parlamentarier und des

Der JİTEM kann somit als „Hauptquartier“ des „tiefen Staats“ gelten. Der türkische Menschenrechtsverein İHD schätzt, dass der JİTEM zwischen 1989 und 2008 an etwa 5000 unaufgeklärten Morden an Journalisten, Menschenrechtlern, Intellektuellen und politischen Aktivisten beteiligt war und für das Verschwinden von etwa 1500 Personen verantwortlich ist.¹⁸ Die Zivilgerichte eröffneten in solchen Fällen kein Verfahren oder übergaben es an ein Militärgericht, wo es stets im Sande verlief.

Erst nachdem durch die Reformen die Kompetenzen des Militärs beschnitten und mit der Gründung der autonomen Region Kurdistan im Nordirak eine politische Lösung der „Kurdenfrage“ drängender wurde, konnten die hohen Funktionäre des „tiefen Staats“ teilweise enttarnt werden – im Wesentlichen durch den sogenannten „Ergenekon“-Prozess. Seit 2008 wird gegen ehemalige hochrangige Mitglieder des Militärs (darunter auch ein Gründer des JİTEM) und der Antiterrorereinheiten der Polizei, Mafiabosse, Politiker, Journalisten und Unternehmer wegen mutmaßlicher Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation namens „Ergenekon“ ermittelt. Damit stehen zum ersten Mal in der Geschichte der Republik ehemalige Vier-Sterne-Generäle wegen mutmaßlicher Putschplanung (zwischen 2003 und 2004) vor Gericht.¹⁹ „Ergenekon“ hatte sich nach dem derzeitigen Ermittlungsstand zum Ziel gesetzt, politische Morde zu verüben sowie günstige Voraussetzungen für einen Sturz der AKP-Regierung zu schaffen.

Auffälligerweise wurden Mitglieder des „Staats im Staate“ aus früheren Regierungen und dem Parlament bisher nicht in die Ermittlungen einbezogen. Zudem hat das Parlament bisher keine Untersuchung über die Organisation eingeleitet oder die juristische Immunität der Abgeordneten in Frage gestellt. Ebenso diskreditieren Ungereimtheiten in der Anklageschrift und die lange Inhaftierung

JİTEM. Gründlichere Untersuchungen der Kommission wurden von der damaligen Regierung verhindert. Zum „Staat im Staate“ vgl. Doğan Yurdakul/Soner Yalçın, Reis. Gladio'nun Türk Tetikçisi, Ankara 1997.

¹⁸ Vgl. İnsan Hakları Derneği (İHD) [Menschenrechtsverein], in: www.ihd.org.tr (15. 6. 2009).

¹⁹ Die Anklage basiert auf dem Tagebuch des ehemaligen Marine-Admirals Özden Örnek; vgl. Darbe Günlükleri, in: Nokta vom 29. 3. 2007.

der Angeklagten das Verfahren. Dennoch ist der Prozess wichtig für die Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit in der Türkei. Im Zuge des Verfahrens wurde die gerichtliche Immunität der Militärs aufgehoben, was entscheidend für die Auflösung des „tiefen Staats“ ist. Der „Ergenekon“-Prozess kann Auslöser für weitere Reformen sein.

Die „Kurdenfrage“

In der „Kurdenfrage“ deuteten die Reformen zunächst auf einen Wechsel von einer Verweigerungs- zu einer auf Bürgerrechten basierenden Politik hin. Fernseh- und Rundfunksendungen sowie Lehre und Ausbildung in kurdischer Sprache wurden 2002 und 2003 gesetzlich ermöglicht. Bürokratische Hürden haben die Umsetzung aber lange verzögert und gewissermaßen verhindert. Im Einklang mit der nationalistischen Stimmung im Land brach die AKP den pluralistischen Bürgerschaftsdiskurs über die „Zugehörigkeit zur Türkei“ (Türkiyelilik) ab. Der erneute Umschwung kam Ende 2008 mit der Gründung des staatlichen Fernsehsenders TRT 6, der in kurdischer Sprache sendet. Im Sommer 2009 startete die Erdoğan-Regierung dann eine Initiative namens „kurdische Öffnung“, über deren Inhalt noch nichts bekannt ist, die aber dennoch eine breite öffentliche Diskussion über die Lösung der „Kurdenfrage“ auslöste. Im Gegensatz zu früheren Initiativen wird diese auch vom MGK unterstützt, ein Indiz für die Schwächung der Ergenekon-Unterstützer im Militär. Im Parlament fand das Vorhaben die Unterstützung der DTP, stieß jedoch bei CHP und MHP auf Widerstand.

Ein akutes Problem ist die prekäre Situation der von den türkischen Sicherheitskräften aus ihren Dörfern vertriebenen, hauptsächlich kurdischen Bauern, die es abgelehnt hatten, als paramilitärische „Dorfschützer“ gegen die PKK vorzugehen.¹⁰ Im Rahmen der Rückkehrpolitik verabschiedete die Regierung zwar 2004 ein Gesetz für Ausgleichszahlun-

¹⁰ Im Rahmen des Workshops „Support to the Development of an Internally Displaced Persons Programme in Turkey Project“ am 23. 2. 2006 in Ankara gab Bekir Sıtkı Dağ vom Innenministerium die Zahl der Binnenvertriebenen mit 358 355 an. Laut der Befragung der Hacettepe-Universität sind es zwischen 953 680 und 1 201 200, vgl. www.internal-displacement.org; nach İHD sind es zwischen drei und vier Millionen, vgl. www.ihd.org.tr (24. 7. 2009).

gen. Doch werden die Entschädigungen willkürlich errechnet. Zudem stellen die Tausenden „Dorfschützer“, die trotz der Aufhebung des Ausnahmezustands 2002 weiterhin aktiv sind, eine Bedrohung für die Rückkehrer dar.

Stiftungsgesetz von 2008 lässt wichtige Eigentumsfragen von Nicht-Muslimen, die Rechtsstellung nicht-sunnitischer Religionsgemeinschaften sowie die Ausbildung ihrer Geistlichen weitgehend ungeklärt.

Menschen- und Minderheitenrechte

Ausblick

Die Abschaffung der Todesstrafe zählt zu den großen Fortschritten in der türkischen Menschenrechtspolitik. Im Ergebnis kritisch zu bewerten ist dagegen die von der AKP angekündigte „Null-Toleranz“-Politik gegenüber Folter. Zwar wurden die Strafen für Folterer erhöht und allen Häftlingen das Recht auf einen Anwalt zugesprochen. Auch die Zahl der Folterungen und Misshandlungen ist im Vergleich zu den 1990er Jahren deutlich gesunken. Seit 2007 haben aber Folter und Misshandlungen durch Polizisten wieder zugenommen – trotz der Unterzeichnung des Fakultativprotokolls der UN-Konvention gegen Folter.¹¹

Änderungen im Antiterror-Gesetz 2006 machten viele Verbesserungen im Bereich der Meinungsfreiheit zunichte, die durch Reformen im Straf- und Presserecht erzielt worden waren. Ein Symbol für bestehende Einschränkungen ist der Paragraph 301 des Strafgesetzbuches, der seit 2008 zwar nicht mehr die „Verunglimpfung des Türkentums“ aber immer noch eine interpretationsoffene „Beleidigung der türkischen Nation“ verbietet.

Die Frauenrechte wurden dadurch gestärkt, dass das neue Strafgesetzbuch von 2005 unter anderem keine Strafmilderungen mehr für „Ehrenmorde“ vorsieht und Gewalt gegen Frauen härter bestraft. Jedoch kollidiert die Umsetzung der Gesetze mit patriarchalischen Gesellschaftsstrukturen und Widerständen bei den staatlichen Behörden sowie den Sicherheitskräften.

Ziel vielfacher Kritik ist der türkische Laizismus, der nicht unparteiisch, sondern zugunsten der sunnitischeren Muslime voreingenommen ist. Das Präsidium für Religiöse Angelegenheiten (Diyanet), die staatliche Religionsbehörde, vertritt nicht die Interessen von Nicht-Muslimen und Aleviten. Das neue

Nachdem 2005 die Reformen in der Türkei zum Stillstand gekommen waren, sorgte die Aufdeckung der Machenschaften des „tiefen Staats“ im Rahmen des „Ergenekon“-Prozesses 2008 für neuen Schwung. Seit 2009 ist nun auch das Militärpersonal der Gerichtsbarkeit von Zivilgerichten unterworfen. Ein großer Schritt in Richtung Demokratisierung könnte die von der AKP im Wahlkampf 2007 versprochene neue Verfassung sein.

Gemäß der bekannten Indizes hat sich der Demokratisierungsgrad in der Türkei seit 1999 deutlich erhöht.¹² Mängel und Rückschläge beeinträchtigen aber die Gesamtbilanz der Reformbemühungen und behindern den weiteren Ausbau der Demokratie. Insbesondere Reformen hinsichtlich der Menschenrechte betreffen auch den „tiefen Staat“. Dessen systematische Bekämpfung erhält somit ein besonderes Gewicht bei der Umsetzung der Reformen. Es fehlt jedoch ausreichende finanzielle Unterstützung der EU für deren Umsetzung.

Bezüglich der Frage nach der Erfüllung der „Kopenhagener Kriterien“ ist zu unterstreichen, dass diesen kein objektiver Maßstab zugrunde liegt, sondern diese höchst subjektiv interpretiert werden können. Die Türkei ist zwar derzeit keine vollwertige liberale Demokratie, sondern weist Eigenschaften einer entkräfteten „Enklavendemokratie“ auf, aber ihre demokratischen Qualitäten entsprechen annähernd denen der neuen EU-Mitglieder Bulgarien und Rumänien. Dies ist ein interessanter Tatbestand, wenn man deren demokratisches Konsolidierungsniveau als Kriterium für die Beitrittsfähigkeit eines Landes ansieht.

¹¹ Vgl. Human Rights Watch, World Report 2009, in: www.hrw.org/en/world-report/2009/turkey (8. 7. 2009).

¹² Vgl. Country Report Turkey, in: www.freedomhouse.org; Ländergutachten Türkei, in: www.bertelsmann-transformation-index.de/28.0.html (15. 6. 2009).

Şahin Alpay

Die politische Rolle des Militärs in der Türkei

Von einer vollständig konsolidierten Demokratie kann nur gesprochen werden, „wenn ausschließlich demokratische Spielregeln gelten, sich also niemand vorstellen kann, außerhalb der demokratischen Institutionen zu handeln“.¹ Es gehört zur Ironie türkischer Politik, dass die Republik Türkei trotz der relativ langen Geschichte ihrer verfassungsmäßigen Ordnung, die bis ins frühe 20. Jahrhundert zurückreicht, trotz ihrer Mitgliedschaft in den meisten internationalen Organisationen westlicher Demokratien seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, trotz der 15 freien und fairen Parlamentswahlen seit 1950 und trotz der im Jahre 2005 aufgenommenen Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union (EU) nach wie vor nicht als vollständig konsolidierte Demokratie gelten kann. Die Türkei weist stattdessen alle Eigenschaften einer „delegativen Demokratie“² auf, die zwar dauerhaft, aber nicht konsolidiert ist. Dieses Manko zeigt sich zuvorderst in der fortdauernden politischen Rolle des Militärs, welche das größte Problem der türkischen Demokratie darstellt.

Nach Einführung des Mehrparteiensystem im Jahre 1950 hat das Militär nicht nur mehrfach – wenn auch nur für jeweils verhältnismäßig kurze Zeit – die Macht übernommen, es hat sich auch durch Verfassungsänderungen eine legale Basis seiner politischen Funktion gesichert. Sein Einfluss begann erst zu schwinden, als mit Blick auf die Beitrittsverhandlungen mit der EU Reformen zur Einschränkung seiner politischen Rolle verabschiedet wurden. Dessen ungeachtet hat das Militär weiter damit gedroht, gewählte Regie-

rungen zu stürzen und grundlegenden Einfluss auf Entscheidungen zu nehmen, für die in konsolidierten Demokratien ausschließlich die Regierungen zuständig sind.

Ursprünge

Die politische Rolle des Militärs geht auf die Modernisierung und westliche Ausrichtung des osmanischen Imperiums zum Ende des 18. Jahrhunderts zurück. Die Bemühungen zielten damals überwiegend darauf ab, den Staat zu stärken und vor allem die Streitkräfte zu modernisieren. Dementsprechend war das Militär eine der Institutionen der Türkei, die als erste einer Modernisierung unterworfen wurde. In Ermangelung einer starken bürgerlichen Klasse akzeptierten die zivilen und militärischen Verwaltungseliten und Intellektuellen die Führungsrolle der Reformbewegung.

Mittels eines Staatsstreichs erzwang 1876 die von den intellektuellen „Jungtürken“ beeinflusste Verwaltungselite von Sultan Abdülhamit II. die Verkündung der ersten osmanischen Verfassung. Nur zwei Monate später suspendierte sie der Sultan, woraufhin sich die Jungtürkische Reformbewegung in Opposition zu diesem formierte und hierbei viel Unterstützung im Offizierskorps fand. Sie gründete die Geheimorganisation „Komitee für Einheit und Fortschritt“ (später Partei), die den Sultan 1909 stürzte und die Verfassung in Kraft setzte. Die Partei für Einheit und Fortschritt erlangte durch einen Militärputsch im Jahre 1913 diktatorische Macht und entschloss sich bald darauf, auf der Seite der Mittelmächte am Ersten Weltkrieg teilzunehmen. Die Niederlage ebnete den Weg für das Ende des Osmanischen Reichs und seine Aufteilung unter den Siegermächten. Unter denjenigen, die den erfolgreichen Freiheitskrieg gegen die Besatzung ausländischer Truppen zwischen 1919 und 1922 anführten und im Jahre 1923 die Republik Türkei gründeten, befanden sich mit Mustafa Kemal Pasha (später „Atatürk“) und seinen Gefolgsleuten Offiziere des Militärs, von denen die meisten dem Komitee für Einheit

Übersetzung aus dem Englischen: Gritta Leveques, Luxemburg.

¹ Adam Przeworski, *Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*, Cambridge 1991, S. 26.

² Ergun Özbudun, *Contemporary Turkish Politics. Challenges to Democratic Consolidation*, London 2000, S. 11.

und Fortschritt nahe gestanden hatten. Die Republik Türkei ist also im Wesentlichen vom Militär gegründet worden.¹³

Die im Jahre 1923 gegründete Republikanische Volkspartei (CHP) der Kemalisten proklamierte im Jahr 1925 das Einparteiensystem und verordnete Reformen, um anstelle des niedergegangenen Osmanischen Reichs einen modernen säkularen Nationalstaat aufzubauen. Die offizielle Politik des autoritären Regimes zielte darauf ab, aus der multiethnischen und multireligiösen Bevölkerung eine homogene Nation zu schmieden, die türkisch spricht, an der türkischen Kultur festhält und die staatlich sanktionierte Form des sunnitischen Islam praktiziert, wie er (bis heute) vom Präsidium für religiöse Angelegenheiten repräsentiert wird. Religiöse Äußerungen waren im öffentlichen Leben verboten. Der größten religiösen Minderheit, den Aleviten, wurde die offizielle Anerkennung verweigert und letztlich der sunnitische Glaube oktroyiert. Alle muslimischen ethnischen Gruppierungen, eingeschlossen die größte ethnische Minorität der Kurden, wurden gezwungen, sich zu assimilieren und einer „Türkifizierung“ zu unterwerfen. Jeder Ausdruck kurdischer Identität wurde verboten. Erst 1991 wurde der öffentliche Gebrauch der kurdischen Sprache erlaubt.¹⁴ Die türkischen Streitkräfte garantierten nicht nur die Sicherheit des Staates und dessen kemalistische Ideologie, sondern übernahmen auch die Rolle des wichtigsten Vermittlers bei der Etablierung einer säkularen und homogenen türkischen Identität in der Bürgerschaft.

Zum Ende des Zweiten Weltkriegs wurde die Modernisierung durch eine Demokratisierung von oben ergänzt. Der Übergang zu einem Vielparteiensystem wurde von den autoritären Machthabern in die Wege geleitet und kontrolliert, die überwiegend der CHP angehörten. Es war verboten, die kemalistische Staatsideologie in Frage zu stellen; der Kommunismus, fundamentalistische Religionen (gemeint ist der Islamismus), ethnischer Nationalismus (gemeint ist der kurdische Nationalismus) und Liberalismus in der Politik waren untersagt.¹⁵ Die türkische Demokratie

bekam so von Anfang an einen bevormundeten oder auch gelenkten Charakter, in der die Militärs eine führende Rolle übernahmen.

Entwicklung

Diese Bevormundung zeigte sich noch deutlicher in den militärischen Interventionen, von denen die erste im Mai 1960 stattfand. Eine Militärjunta putschte sich an die Macht, nachdem sie der regierenden Demokratischen Partei (DP) vorgeworfen hatte, die Rechte der Opposition eingeschränkt und die Religion missbraucht zu haben, um zusätzlich Wählerstimmen zu gewinnen. Die Junta löste das Parlament auf, erklärte die Regierungspartei für illegal, ließ deren führende Politiker verhaften und den Ministerpräsidenten Adnan Menderes zusammen mit dem Außen- und dem Finanzminister nach einem skandalösen Gerichtsverfahren hinrichten. Die unter militärischer Kontrolle verabschiedete Verfassung, die durch ein Referendum im Jahre 1961 bestätigt wurde, führte zum ersten Mal in der Geschichte der Republik Garantien für Grundrechte und -freiheiten ein. Sie begründete den Nationalen Sicherheitsrat (MGK), in dem militärische und zivile Führungspersonlichkeiten zusammenarbeiten. Der MGK wurde durch Verfassungszusätze mit immer weitreichenderen Befugnissen betraut, welche die gesetzliche Basis für die noch folgenden Interventionen legten. Der Generalstab der türkischen Streitkräfte wurde ermächtigt, über die Verteidigungspolitik und die innere Sicherheit zu bestimmen und das Militärbudget, die Beschaffung nachrichtendienstlicher Informationen und alle Beförderungen zu kontrollieren.

Die zweite Militärintervention 1971 war die Antwort auf den gescheiterten Putschversuch einer linksgerichteten Junta aus Militärs und Zivilisten, die ein „revolutionäres“ Einparteiensystem errichten, die Industrien verstaatlichen und die Türkei aus dem westlichen Bündnis lösen wollte. Das militärische Oberkommando erzwang den Rücktritt der Regierung von Ministerpräsident Süleyman Demirel und drängte das Parlament, eine technokratische Regierung einzusetzen. Bevor die Macht durch Wahlen Ende des Jahres 1973 wieder in die Hände von Politikern gelangte, erzwang das Militär verfassungsrechtliche Änderungen, welche den MGK berechtigten, der Regierung politische Empfehlungen zu geben.

Die bewaffneten Zusammenstöße zwischen den ultralinken und rechtsgerichteten Gruppierungen, die das Land 1980 an den Rand eines Bürgerkriegs brachten, und die Unfähigkeit der Politiker, die eskalierende Gewalt zu kontrollieren, dienten als Rechtfertigung für die dritte Militärintervention. Das militärische

¹³ Vgl. Erik J. Zürcher, *Turkey. A Modern History*, London–New York 1997.

¹⁴ Vgl. Hugh Poulton, *The Top Hat, the Grey Wolf, and the Crescent*, London 1997.

¹⁵ Vgl. Ilkay Sunar, *State, Society and Democracy in Turkey*, Istanbul 2004.

Oberkommando der türkischen Streitkräfte übernahm die Macht, löste das Parlament auf, verbot alle politischen Parteien und verbannte führende Politiker für zehn Jahre aus der Politik. Das militärische Oberkommando führte das Land nahezu drei Jahre lang, bevor es die Macht im Jahre 1983 wieder an eine gewählte Regierung übergab. Es hatte zudem den Vorsitz bei der Ausarbeitung einer neuen Verfassung, welche die Stellung des MGK auf Kosten der zivilen Behörden ausbaute und 1982 durch ein Referendum angenommen wurde.

Die Militärinterventionen der Jahre 1960, 1971 und 1980 waren zwar alle nur von relativ kurzer Dauer, das Militär verstand es aber bei jeder dieser Gelegenheiten, seine Position als übergeordnete Schutzmacht auszubauen.¹⁶ Dem Militär wurde „politische Autonomie“ eingeräumt, welche ihm ermöglichte, sich außerhalb der verfassungsrechtlichen Autorität demokratisch gewählter Regierungen zu bewegen.¹⁷ Die Verfassung des Jahres 1982 und die Verabschiedung von nahezu 600 neuen Gesetzen durch das Militärregime erweiterten die Machtbefugnisse des MGK derart, dass der türkische Staat die Eigenschaften eines „Nationalen Sicherheitsstaates“ annahm.

Über die Institution des MGK erlangte das Militär höchste politische Autorität. Erstes Ziel des Staates war die Verteidigung des Landes gegen äußere und innere Feinde, das heißt Kommunisten, Islamisten und kurdische Nationalisten. Alle zu deren Bekämpfung und Kontrolle eingesetzten Mittel wurden als legitim angesehen. Nicht öffentlich ausgearbeitete Gesetze, die durch verdeckte Kanäle und geheime Aktivitäten Anwendung fanden, wurden mit der vermeintlichen Bedrohung der „nationalen Sicherheit“ gerechtfertigt. Derartige illegale und verdeckte staatliche Aktivitäten wurden in den 1990er Jahren unter dem Namen „tiefer Staat“ bekannt.

Der „Nationale Sicherheitsstaat“ wandte sich vor allem gegen den von der Arbeiterpartei Kurdistans PKK geführten kurdischen Aufstand, der 1984 ausbrach. Die PKK vertrat eine marxistisch-leninistische und separatistische Auffassung und vereinte eine Guerilla-Kriegsführung gegen die türkischen Sicherheitskräfte mit Terrorismus gegen Zivilisten. Im Gegenzug töteten Banden aus verurteilten Verbrechern mit Verbindungen zu Sicherheitskräften und geheimdienstlichen Organisationen eine nicht bekannte Zahl von Personen, die verdächtigt wurden, die PKK in einer irgendeiner Weise zu unterstützen. Der Sicherheitsstaat verhinderte darüber

hinaus politische Lösungen der kurdischen Frage, die insbesondere die Anerkennung der Persönlichkeitsrechte der kurdischen Bürger erforderten.

Die Existenz eines „tiefen Staates“, bzw. eines „Staates im Staat“ wurde im November 1996 durch den „Susurluk-Unfall“ enthüllt. Bei einem Autounfall in der Nähe der Stadt Susurluk im Westen der Türkei, kamen ein Polizeichef, ein von Interpol gesuchter Berufskiller mit Diplomaten-Ausweis und dessen Freundin ums Leben; ein kurdischer Stammesfürst und ein Parlamentsmitglied einer Regierungspartei wurden dabei verletzt. Im Kofferraum des Wagens wurde eine Tasche voll US-Dollar, eine Kiste mit Waffen, Munition und Schalldämpfer sowie eine Menge Kokain gefunden.

Der Unfall löste eine Bürgerrechtsbewegung aus, welche die damalige Regierung unter Necmettin Erbakan von der islamistischen Wohlfahrtspartei erfolglos aufforderte, gegen den „tiefen Staat“ und die gravierende Korruption vorzugehen. Das Militär ergriff die Gelegenheit und wendete die Kampagne gegen die Regierung, der sie in hohem Maße misstraute. Es stellte der Regierung ein Ultimatum und verlangte Maßnahmen gegen die angeblich immer stärker werdende Bedrohung des säkularen Staates. So erzwang es im Juni 1997 den Rücktritt der Regierung Erbakan, wobei man heute von einem postmodernen Putsch, einer Art „sanftem Putsch“ spricht. Damit wurde die These Ümit Cizres, einer der angesehensten Sachverständigen der zivil-militärischen Beziehungen in der Türkei, bestätigt: „The constitution of 1982 entrenched the military's veto power in the political system to such an extent that it has made crude military intervention into politics redundant.“¹⁸

Die Türkei stellte sich am Ende des Kalten Krieges somit als halbliberale „Quasi-Demokratie“ dar, in der das Militär die Kontrolle innehatte und eine Staatsideologie vorherrschte, die sie in zunehmendem Widerspruch zu den westlichen Demokratien stellte. Trotz alledem gab es seit Anfang der 1980er Jahre sozioökonomische Entwicklungen, die auf einen Wandel des Landes von einer durch Staatseliten unter Führung des

¹⁶ Vgl. E. Özbudun (Anm. 2), S. 102–110.

¹⁷ Ümit Cizre-Sakallıoğlu, *The Anatomy of the Turkish Military's Political Autonomy*, in: *Comparative Politics*, 29 (1997) 2, S. 153.

¹⁸ Ebd. S. 153 – 154.

Militärs bevormundeten und geleiteten Demokratie zu einer konsolidierten „liberalen“ Demokratie hinwirkten. Eine treibende Kraft war hier die Wirtschaft, die sich immer stärker mit der Weltwirtschaft und insbesondere mit der EU-Wirtschaft – im Zuge der 1995 eingeführten Zollunion mit Europa – verzahnte. Zudem stellte der liberale, kritische Diskurs der Intellektuellen die Bevormundung der Demokratie zunehmend in Frage. Den möglicherweise größten Ausschlag gab jedoch der Beitrittsprozess zur EU, der 1999 begann.¹⁹

Die Aussicht auf eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU vereinte die türkische Gesellschaft in bisher ungekanntem Maße und löste einen starken Schub für wirtschaftliche und politische Veränderungen aus. Säkularisten, Islamisten, Kurden und Aleviten, sie alle hielten eine mögliche EU-Mitgliedschaft für die beste Garantie im Kampf gegen ihre jeweiligen Gegner. Durch die Gefangennahme des PKK-Führers Abdullah Öcalan im Februar 1999 und die einseitige Erklärung der PKK, einen Waffenstillstand einzuhalten, der bis zum Sommer 2004 anhalten sollte, entstand ein Reformklima. Die zwischen 2001 und 2004 realisierten Reformen zur Erfüllung der Kopenhagener Kriterien brachten wichtige Veränderungen auch im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen mit sich.

Die europäische Perspektive stürzte die Militärs in ein Dilemma: Das Ziel der Reformen „Atatürks“ war es gewesen, die Türkei zu einem modernen, westlichen Staat zu machen. Im Jahre 1999 bedeutete dies einen Beitritt zur EU. Dies erforderte allerdings die radikale Reform einiger Grundpfeiler des kemalistischen Staates, unter anderem den Rückzug des Militärs aus der Politik. Die Militärführung fürchtete, das Land könne auseinanderfallen oder sich ein islamistischer Staat etablieren.¹⁰ Als die ehemalige islamistische, jetzt „konservativ-demokratische“ Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) nach der Wahl im November 2002 die Macht

übernahm, verschärfen sich die Spannungen zwischen der Militärführung und der Zivilregierung.

Die Position der Militärs zur Frage des EU-Beitritts der Türkei wurde wohl am Besten in einem Artikel wiedergegeben, in dem dargelegt wird, dass die EU-Reformen „nach einer wirklichen Revolution in der Denkweise der Militärführung“ verlangten.¹¹ Auch wenn es aufgrund eines verbreiteten Misstrauens unter den Mitgliedern des Offizierskorps in Bezug auf das Verhältnis der Regierung zum kemalistischen Säkularismus zu Spannungen kam, unterstützte das Militär unter dem Kommando des Generals Hilmi Özkök (Generalstabschef von 2002 bis 2006) die EU-Reformen.

Im Zuge der von der AKP-Regierung angestoßenen Reformen wurde der MGK in eine beratende Institution mit einem zivilen Generalsekretär umgewandelt und hatte nicht mehr die Macht, im Land eigenmächtig Sicherheitsermittlungen anzustellen. Staatliche Mittel, die vom Militär verwendet werden, unterliegen nunmehr der Kontrolle des Rechnungshofs, die parlamentarische Kontrolle über das Militärbudget wurde verbessert.¹² Dennoch ist die Türkei noch weit davon entfernt, ihre Streitkräfte unter eine zivile demokratische Kontrolle zu stellen. In zwei Berichten ist im Detail dargelegt, welche Reformen benötigt werden, um die zivil-militärischen Beziehungen in der Türkei mit europäischen Standards in Einklang zu bringen.¹³ Im jüngsten Dokument über die EU-Beitrittspartnerschaft vom Februar 2008 wird die Republik Türkei darum ersucht, die zivile Kontrolle über die Sicherheitskräfte zu verstärken.¹⁴

Auch nach Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der EU im Oktober 2005 dauerte die militärische Einflussnahme an. Als die regierende AKP im April 2007 beschloss, Außenminister Abdullah Gül zum Präsidenten zu ernennen, machten die Militärs in einer Stel-

¹⁹ Vgl. Şahin Alpay, *The European Union and the Consolidation of Democracy in Turkey*, in: *The Journal of Interdisciplinary Economics*, 20 (2009), S. 221–244.

¹⁰ Vgl. Gareth Jenkins, *Context and Circumstance*, London 2001, S. 8.

¹¹ Ersel Aydınli/Nihat Ali Özcan/Doğan Akyaz, *The Turkish Military's March toward Europe*, in: *Foreign Affairs*, (2006) 1, S. 84; die Autoren konstatieren, dass der türkische Generalstab den Kemalismus erst dann neu definieren werde, „wenn der EU-Prozess einen Punkt erreicht, an dem das Militär sich nicht mehr gezwungen sieht, die derzeit gültige Sicherheitsideologie der Türkei beizubehalten.“ Ebd., S. 89.

¹² Vgl. Senem Aydın/E. Fuat Keyman, *European Integration and the Transformation of Turkish Democracy*, Centre for European Policy Studies, EU-Turkey Working Paper, (2004) 2, S. 19–22.

¹³ Vgl. Ümit Cizre (ed.), *Almanac Turkey 2005. Security Sector and Democratic Oversight*, Istanbul 2006; Sami Faltas/Sander Jansen (eds.), *Governance and the Military. Perspectives for Change in Turkey*, Centre for European Security Studies, Groningen 2006.

¹⁴ Vgl. EU-Ratsbeschluss Nr. 2008/157/EC, in: eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:051:0004:0018:DE:PDF (12. 8. 2009).

lungnahme auf der Webseite des Generalstabs deutlich, dass sie einen Präsidenten, dessen Frau ein Kopftuch trägt, nicht akzeptieren würden. Der damalige Generalstabschef, General Yaşar Büyükanıt, hat vor kurzem eingeräumt, diese Stellungnahme persönlich autorisiert zu haben. Die AKP-Regierung widerstand dem Druck und entschied sich für eine Auflösung des Parlaments und vorgezogene Neuwahlen, als eine Entscheidung des Verfassungsgerichts die Präsidentenwahl verhinderte. Die AKP konnte so in den Parlamentswahlen im Juli 2007 einen Erdrutschsieg für sich verbuchen, der den Weg für die Wahl Güls zum 11. Präsidenten der Türkei ebnete.

Im April 2007 drangen Informationen aus dem Tagebuch eines pensionierten Admirals, der zwischen 2003 und 2005 Marinekommandeur war, zu dem Wochenmagazin „Nokta“ durch. Daraus ging hervor, dass Spitzenkommandeure der türkischen Armee zwischen 2003 und 2004 mindestens zwei Putschversuche geplant hatten. Diese seien gescheitert, da der Generalstabschef Özkök sie nicht unterstützt habe.¹⁵

Im August 2007 weitete sich eine staatsanwaltliche Untersuchung, die mit einem Fund von Handgranaten in einem Istanbuler Haus begann, zu einer Ermittlung exemplarischen Charakters gegen eine Geheimorganisation aus, die von ihren Mitgliedern „Ergenekon“ genannt wurde. Diese hatte das Ziel, einem militärischen Putsch gegen die gewählte Regierung den Weg zu ebnet. Mehr als 100 Personen wurden verhaftet, darunter hochrangige pensionierte Militärkommandeure (die teilweise in die Putschversuche von 2003/2004 involviert waren), Journalisten, Unternehmer und ehemalige Politiker, die verdächtigt wurden, Verbindungen in die Staatsbürokratie und das Militär zu unterhalten.¹⁶ Die Gerichtsverhandlung gegen die Verdächtigen begann im Oktober 2008 und dauert an.

Am 12. Juni 2009 veröffentlichte die Tageszeitung „Taraf“ überraschend bekannt gewordene Dokumente mit dem Titel „Aktionsplan zum Kampf gegen die (islamistische) Reak-

tion“. Diese Dokumente wurden im Büro eines Rechtsanwalts beschlagnahmt, der einen aufgrund seiner Mitgliedschaft bei „Ergenekon“ festgenommenen pensionierten Oberst vertritt. Diese Dokumente offenbaren, dass noch im April 2009 von den Militärs ein Plan entwickelt worden war, der darauf abzielte, dem Ansehen der AKP-Regierung Schaden zuzufügen und sie zu spalten. Der Generalstab hat diesen Plan zu einer Fälschung erklärt, wobei er sich auf die Ermittlungen von Militärstaatsanwälten berief. Die AKP-Regierung hat die zivilen Staatsanwälte dazu aufgerufen, weiter zu recherchieren. Die öffentliche Debatte über dieses Dokument hat die Regierung im Juli 2009 dazu veranlasst, Gesetze zu verabschieden, durch die eine „Begrenzung der Zuständigkeit der Militärgerichtsbarkeit auf militärische Pflichten von Angehörigen der Streitkräfte“ gewährleistet wird. Damit kommt sie einer der Forderungen der EU nach und ermöglicht die Strafverfolgung von Militärangehörigen, die schwere Verbrechen begangen haben.¹⁷

Militär und Gesellschaft

Das Militär rekrutiert seine Offiziere zumeist in der unteren Mittelschicht. Die Rekrutierung erfolgt durch harte Eingangsprüfungen an den Militärschulen, in denen die Offiziere in absoluter Übereinstimmung mit den Prinzipien des Kemalismus ausgebildet werden. Eines der wichtigsten Merkmale des türkischen Militärs ist die Distanz, die zur Gesellschaft gewahrt wird. Man arbeitet und lebt abgesondert vom Rest der Gesellschaft. Für die Offiziere existiert keine Trennung zwischen Privat- und Arbeitsleben. Die wenigen Untersuchungen über die politische Kultur des Militärs, die verfügbar sind, deuten darauf hin, dass türkische Offiziere sich selbst als die wahren Vertreter der nationalen Interessen sehen. Sie glauben zwar an die Legitimität einer demokratisch gewählten Regierung, sind jedoch davon überzeugt, dass eine Militärintervention innerhalb des türkischen Staates legitim wäre, wenn die Prinzipien des Kemalismus gefährdet wären.¹⁸

¹⁵ Vgl. Walter Posch, *Crisis in Turkey. Just Another Bump on the Road to Europe?*, EU-Institute for Security Studies Occasional Paper, (2007) 67, S. 18–23.

¹⁶ Vgl. *Turkey's Dark Side*, European Stability Initiative Briefing, Berlin-Istanbul 2008.

¹⁷ Vgl. Amberin Zaman, *Receding Power of Turkey's Military. A Leap for Democracy or Another Power Struggle?*, The German Marshall Fund of the United States, On Turkey, 15. Juli 2009.

¹⁸ Vgl. Ali Karaosmanoğlu, *Officers: Westernization and Democracy*, in: Metin Heper/Ayşe Öncü/Heinz

Nach wie vor ist das türkische Militär die Institution der Republik, die in der Bevölkerung das größte Vertrauen genießt, obwohl ihr Ansehen aufgrund einer Reihe fehlgeschlagener Putschversuche und Enthüllungen stark gelitten hat. Dies ist nicht nur durch die vorherrschende Überzeugung erklärbar, dass das Militär der wichtigste Garant für die Sicherheit und Stabilität des Landes sei, sondern auch durch die militaristischen Tendenzen, die selbst unter der zivilen Bevölkerung weit verbreitet sind.¹⁹

Der Teil der Gesellschaft, der befürchtet, dass der Aufstieg und die Machtübernahme der AKP ihren weltlichen Lebensstil bedrohen, sieht in den Streitkräften den besten Garant gegen die Islamisierung. Derartige Ängste haben nicht nur Putschversuchen Vorschub geleistet, sie werden auch in hohem Maße von der wichtigsten Oppositionspartei CHP in ihrer Rivalität zur AKP ausgenutzt. In den politischen, bürokratischen und wirtschaftlichen Eliten fehlt ein Konsens darüber, dass das Militär aus der Politik fernzuhalten sei.

Zukunft

Die Reformen, die verabschiedet wurden, um die Beitrittsverhandlungen mit der EU zu beginnen, haben dazu beigetragen, die verfassungsrechtliche und gesetzliche Basis der politischen Rolle der Streitkräfte einzuschränken. Die zunehmend undeutliche Haltung der EU gegenüber der Türkei, die Aussetzung mehrerer Beitrittskapitel und das Angebot einer „privilegierten Partnerschaft“ anstelle einer Vollmitgliedschaft durch den französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy und Bundeskanzlerin Angela Merkel, erklären zumindest teilweise die Verlangsamung der Reformbemühungen seit 2005. Dies gilt auch in Bezug auf die zivil-militärischen Beziehungen. Es kann festgehalten werden, dass die Türkei beim Aufbau einer demokratischen Kontrolle der Streitkräfte sehr viel weiter vorangekommen wäre, hätte die EU den türkischen Beitritt auch nach 2005 weiterhin deutlich und glaubhaft unterstützt.

Kramer (eds.), *Turkey and the West*. London 1993, S. 19–34.

¹⁹ Vgl. Ayşe Gül Altınay, *The Myth of the Military-Nation*, New York 2004.

Es ist schwierig, über die Zukunft der zivil-militärischen Beziehungen in der Türkei eine Vorhersage zu treffen. Es gibt diesbezüglich derzeit zwei „Theorien“: Die pessimistische geht davon aus, dass das Militär so lange eine politische Rolle spielen wird, wie unter den Staats- und einem Teil der zivilen Eliten (wobei auch ein erheblicher Teil der Wählerschaft diese Meinung teilt) die Vorstellung vorherrscht, dass die Streitkräfte der eigentliche Eigentümer des Staates und des Landes sind. Eine kürzlich abgeschlossene nationale Untersuchung hat ergeben, dass diejenigen, die meinen, „Probleme sollten manchmal eher durch das Militär als durch gewählte Politiker gelöst werden“, nach wie vor nahezu ein Viertel der Wähler ausmachen.²⁰ Daran wird sich nach Ansicht der Anhänger dieser Theorie nichts ändern, solange nicht die Angst eines großen Teils der Bevölkerung vor einer Bedrohung des Säkularismus durch die Machtposition der AKP zerstreut ist und keine politische Lösung für das Kurdenproblem gefunden wird.

Die optimistische Theorie vertritt den Standpunkt, dass die politische Rolle des Militärs nicht nur zu einer Vernachlässigung seiner eigentlichen Aufgaben führt, sondern dass hierdurch auch die Glaubwürdigkeit der Streitkräfte in der Bevölkerung und in den Reihen des Offizierskorps beeinträchtigt wird. Die Vertreter dieser Theorie sehen immer mehr Hinweise dafür, dass durch die öffentliche Debatte der vergangenen Jahre ein Engagement in Richtung Demokratie und Gesetzestreue auch unter den Militärs Anhänger gefunden hat. Die Untersuchungen im Ergenekon-Skandal lassen darauf hoffen, dass die türkischen Streitkräfte Putschisten nicht länger in ihren Reihen dulden. Hierauf deuten wiederholte Stellungnahmen General Ilker Başbuğ hin: So erklärte der seit August 2008 amtierende Generalstabschef zum Beispiel, dass „die türkischen Streitkräfte jenen Armeemitgliedern, die sich nicht zu Demokratie und Gesetzestreue bekennen, keine Heimat mehr bieten“.

Es gibt tatsächlich Gründe für einen vorsichtigen Optimismus. Die militärischen Interventionen in der Politik haben, was Ausmaß und Gewalt angeht, tendenziell nachge-

²⁰ Vgl. *Yeni Türkiye’yi Anlamak* (Understanding New Turkey), KONDA Report, November 2007.

lassen. Die Integration der Türkei in die EU schreitet trotz vieler Hindernisse weiter voran. Die Wirtschaft der Türkei und des Auslands sind zunehmend voneinander abhängig. Diese Abhängigkeit hat ein solches Ausmaß erreicht, dass eine Herrschaft des Militärs unwahrscheinlich geworden ist. Ideologische Veränderungen innerhalb der islamistischen Bewegung, in deren Rahmen versucht wird, den kulturellen Konservatismus in Einklang mit wirtschaftlichem und politischem Liberalismus zu bringen, haben dazu beigetragen, die Ängste vor einer drohenden islamistischen Machtergreifung abzubauen. Reformen zur Anerkennung der kulturellen Identität der Kurden schüren die Hoffnungen, dass es für das Kurdenproblem eine friedliche Lösung geben könnte. In der Zivilgesellschaft und in den Medien ist die Unterstützung für ein Engagement der Streitkräfte in der Politik immer weiter zurückgegangen. „The army is no longer untouchable, at least in the national debate.“²¹ Und zu guter Letzt signalisiert auch die amerikanische Administration unter Präsident Barack Obama deutlich, dass die USA Militärinterventionen nicht länger gutgeheißen werden.

Es ist anzunehmen, dass die Wahrheit irgendwo in der Mitte der zwei Theorien zu finden ist. Die Art von Militärputsch, wie er in den Jahren 1960, 1971 und 1980 stattfand, sowie auch die sanfte Version des Jahres 1997 gehören der Vergangenheit an. Die türkischen Streitkräfte werden wohl nicht mehr damit drohen, die Macht zu übernehmen und auch nicht länger zulassen, dass sich „Armeeangehörige, die sich nicht zu Demokratie und Gesetzestreue bekennen“ in ihren Reihen aufhalten. Aber es ist davon auszugehen, dass der politische Einfluss des Militärs so lange Bestand haben wird, wie der rechtliche Aspekt der zivil-militärischen Beziehungen nicht mit den EU-Normen übereinstimmt und die Streitkräfte sich als Hauptvertreter der türkischen Interessen sehen.

²¹ A. Zaman (Anm. 17).

Ismail Ermagan

EU-Skeptizismus in der türkischen Politik

Der Glaube daran, dass die Türkei ein Mitglied der Europäischen Union (EU) werden wird, nimmt sowohl auf türkischer als auch europäischer Seite seit 2005 kontinuierlich ab. Türkischerseits wurde diesbezüglich 2009 ein Tiefstand erreicht. Die Bekanntgabe der Türkei als potenzielles Beitrittsland 1999 und der Beginn der Beitrittsverhandlungen 2005 hat die türkischen Parteien in eine schwierige Position gebracht. Denn sie sind es, welche die für

den EU-Beitritt der Türkei notwendigen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Reformen realisieren sollen. In diesem Zusammenhang ist die Untersuchung der Haltung bzw. des Skeptizismus gegenüber der EU der Regierungspartei Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung, AKP) und der größten Oppositionspartei Cumhuriyet Halk Partisi (Republikanische Volkspartei, CHP) von besonderem Interesse.

Es ist zu erkennen, dass die aktuellen Geschehnisse in der türkischen Polit-Arena zu einer Entwicklung gehören, die bereits im 19. Jahrhundert eingesetzt hat und bis heute anhält. Die Reformen, die im 19. Jahrhundert durch die vom Westen inspirierten osmanischen Staatsmänner realisiert wurden, stießen in Teilen der osmanischen Gesellschaft auf Widerstand – nach dem Motto: „Das wollen wir aber nicht, mein Sultan“ („istemezük padişahım“). Eine ähnliche Reaktion gab es vor der Staatsgründung 1923, als bekannt gegeben wurde, dass die Staatsform des Landes eine Republik sein werde. Die Reformen, welche die CHP unter der Führung Mustafa Kemals, (der spätere Atatürk) realisierte, nur die letz-

Ismail Ermagan

M. A., geb. 1976; Doktorand am Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien, Universität Erfurt, Am Hügel 1, 99084 Erfurt. ismail.ermagan@stud.uni-erfurt.de

ten einer Reihe von Maßnahmen zur Modernisierung und Westausrichtung der Türkei, welche bereits die Osmanen eingeleitet hatten.¹

Die Eliten der „neuen“ Türkei kämpften sowohl gegen die osmanische Monarchie als auch gegen den mit der Entente geschlossenen Vertrag von Sèvres (1920). Dieser sah vor, dass das Osmanische Reich, das den Ersten Weltkrieg verloren hatte, unter den westlichen Großmächten aufgeteilt wird. In ihm liegt das Wesen der skeptischen Wahrnehmung des Westens seitens der CHP begründet. Gleichwohl hatte in der frühen Republik die Hinwendung der Türkei zum Westen gemäß der Philosophie der „Westausrichtung trotz des Westens“ Bestand. Ziel war eine eigenständige und unabhängige Außenpolitik und der Aufbau einer modernen Gesellschaft. Als das erste Parlament 1920 eröffnet wurde, kam es zu Auseinandersetzungen zwischen einer Fraktion, welche die Reformen der Republik unterstützte, und einem religiös-traditionellen Flügel, der diese ablehnte. Die Reformersetzten sich durch: Das Kalifat wurde abgeschafft, Derwischklöster und -kapellen, welche als ein Hindernis für die gedankliche Freiheit des Individuums galten, wurden geschlossen. Staat und Religion wurden formal getrennt, Gesetze zu Familie, Ausbildung und Wirtschaft von den westlichen Staaten übernommen und die arabischen Buchstaben durch das lateinische Alphabet ersetzt. Diese Neuerungen haben – im Sinne eines Übergangs vom Untertan zum Individuum – bei einem bedeutenden Teil der Gesellschaft Widerstand hervorgerufen, der bis heute anhält. Insbesondere der Gedanke, dass den Menschen die Religion quasi aus der Hand genommen wird, war entscheidend dafür, dass die republikanische Revolution nicht die Zustimmung der gesamten Gesellschaft fand und findet.

Die Führung der CHP entschied sich 1945, sowohl infolge innenpolitischer Forderungen als auch aufgrund außenpolitischer Notwendigkeiten, die Einparteienherrschaft zu beenden und den Staat in eine Mehrparteiendemokratie umzuwandeln. Die Demokratische Partei (DP), die 1950 an die Macht kam, entwickelte Positionen, die mit denen des religiös-

¹ Vgl. Udo Steinbach, *Geschichte der Türkei*, München 2000; Feroz Ahmad, *Geschichte der Türkei*, Essen 2005.

ös-traditionellen Flügels im ersten Parlament auf einer Linie lagen und in deren Tradition heute die AKP agiert. Hieraus erklärt sich heute wie damals ein Skeptizismus gegenüber dem Westen, der auf türkisch-islamischen Wertevorstellungen basiert.

EU-Skeptizismus der AKP

Die AKP ist 2001 aus der reformistischen Fraktion der islamistischen Fazilet Partisi (Tugendpartei, FP) hervorgegangen.² Sie bot denjenigen konservativen Muslimen und gemäßigten Islamisten eine politische Heimat, die manche der Fehler der verbotenen Refah Partisi (Wohlfahrtspartei, RP), die Vorgängerin der FP, anerkannten, das kemalistische Regime und die Demokratie im Grunde nicht als „sündhaft“ ansahen und für sich einen Platz innerhalb des Systems finden wollten. Statt die Ziele der RP zu verfolgen, wie beispielsweise die Gründung einer Islamischen Union und einer Art NATO der islamischen Länder, tritt sie für eine Außenpolitik ein, die westwärts gerichtet ist. Die AKP erhofft sich von der Annäherung an die EU größere Handlungsspielräume auch in religiösen Fragen und Konfliktfeldern (Kopftuchdebatte, Korankurse, Fachoberschulen für islamische Vorbeter). Als die AKP vor der Wahl 2002 die Chance sah, an die Regierung zu kommen, arbeitete sie mit rechten und nationalistischen Politikern zusammen, um diese Machtperspektive abzusichern und sich gleichzeitig als „normale“, nicht islamistische Partei zu präsentieren. So erzielte sie schließlich 34 Prozent der Stimmen und schlug in der Periode vom November 2002 bis zum Dezember 2004 einen dezidiert pro-europäischen Reformkurs ein.³

Der Reformeifer der Partei ließ ab 2005 deutlich nach, was manchen Beobachter zu der Einschätzung veranlasste, die AKP verfüge nicht über einen „genügend langen Atem“ für den EU-Beitrittsprozess.⁴ Kritiker der

² Vgl. Serdar Şen, *AKP Milli Görüşçü mü? Parti programlarında Milli Görüş* [Ist die AKP eine Anhängerin der Milli Görüş? Die Milli Görüş in Parteiprogrammen], Istanbul 2004, S. 9–19.

³ Vgl. M. Hakan Yavuz (ed.), *The Emergence of a New Turkey. Democracy and the AK Parti*, Salt Lake City/UT 2006.

⁴ Vgl. Interview mit Cengiz Aktar, in: *Milliyet* vom 15. 12. 2008, S. 12.

Regierungspartei behaupten, sie beherrsche nunmehr das System und unterstellen ihr, den politischen Wandel, verbunden mit einem erhöhten Stellenwert der Freiheitsrechte, verstärkte Demokratisierung etc., in Wirklichkeit gar nicht oder nur begrenzt anzustreben. Denn die westlichen Werte und die Lebensart, die sich die AKP vorstelle, würden sich ideologisch nicht vertragen. Nach Meinung anderer wird es einige Zeit brauchen, bis die Gegnerschaft zum Westen, die sich in der AKP aus einer Mischung von Islamismus und Nationalismus gebildet hat, abnimmt.¹⁵

Bei den Regionalwahlen am 29. März 2009 konnte die AKP zehn Prozent weniger an Stimmen erringen als bei der Parlamentswahl von 2007, als sie 49 Prozent erzielte. Zum einen wurde sie für die Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise verantwortlich gemacht, zum anderen artikulierten viele Wählerinnen und Wähler so die Befürchtung, der verfassungsmäßig garantierte Laizismus sei durch sie gefährdet. Ministerpräsident Tayyip Erdoğan (AKP) hat auf die Stimmenverluste mit einer großen Kabinettsumbildung reagiert. Außenminister wurde Ahmet Davutoğlu, was in vielen EU-Hauptstädten mit Skepsis aufgenommen wurde, weil befürchtet wird, dass Davutoğlu das Hauptaugenmerk der türkischen Außenpolitik auf den Nahen Osten legen möchte. Davutoğlu versuchte der Besorgnis entgegenzuwirken, indem er sagte, dass „es nicht möglich ist, die EU zu vergessen. Denn dieser (Annäherungs)Prozess macht sich selbst unvergesslich.“¹⁶ Das verstärkte Engagement der Türkei im Nahen Osten und in Kaukasien schwäche die Beziehung zur EU nicht. Vielmehr gewinne die Türkei an Wert, da sie in diesen Regionen Einfluss habe. Gleichzeitig stärke der EU-Prozess die Rolle der Türkei, insofern seien beide Komplexe als untrennbare Teile eines Ganzen zu betrachten. Die wesentlichen Gründe für das Stocken der Reformen lägen im Inland, wie der Prozess zur Wahl des Staatspräsidenten (April bis August 2007), die Zunahme des PKK-Terrors (Oktober 2007) und die Verbotsklage gegen die AKP (März 2008). Die vergangenen zwei

¹⁵ Vgl. Ahmet Hakan, *İslamcımız milliyetçidir* vom 22. 12. 2008, in: <http://hurarsiv.hurriyet.com.tr/goster/haber.aspx?id=10617508&yazarid=131&tarih=2008-12-22> (21. 5. 2009).

¹⁶ Zit. nach: *Star gazete* vom 21. 5. 2009, in <http://star-gazete.com/gazete/yazar/mustafa-karaalioglu/davutoglu-ab-icin-ne-dusunuyor-189601.htm> (21. 5. 2009).

bis drei Jahre seien verlorene Zeit gewesen. Dennoch seien unter anderem mit der Gründung des ersten staatlichen Fernsehkanals in kurdischer Sprache TRT 6, dem Stiftungsgesetz, welches die Eigentumsrechte der christlichen und jüdischen Minderheiten stärkt und der Änderung des Paragraphen 301 des türkischen Strafgesetzbuches, welcher die Herabsetzung der türkischen Nation unter Strafe stellt, wichtige Schritte unternommen worden. Für den erlahmten Reformeifer machte Davutoğlu auch die Art und Weise verantwortlich, mit der die EU das Zypern-Problem angegangen sei. „Die EU hat sich nicht an ihr Wort gehalten“, so Davutoğlu. „Der dritte verlangsamende Faktor war, dass das Gespann Chirac-Schröder ging und an seine Stelle Sarkozy-Merkel traten.“¹⁷

Im Zusammenhang mit dem EU-Skeptizismus der AKP sind insbesondere die EU-kritischen Tendenzen innerhalb ihrer Wählerschaft zu erläutern, deren Erwartungen der Partei immer wieder Probleme bereitet haben. So wollte die AKP 2004 beispielsweise Ehebruch per Gesetz unter Strafe stellen, musste aber angesichts des großen Widerstands in der türkischen Öffentlichkeit davon wieder Abstand nehmen. Distanzieren musste sie sich 2008 auch von einem „Gesetzesentwurf zum Jugendschutz“, der vorsah, Käufer pornografischer Artikel staatlich zu registrieren und Jugendlichen unter 18 Jahren den Besuch von Internetcafés zu verbieten. Parteichef Erdoğan selbst bezeichnet die AKP als Volkspartei, die viele verschiedene politische Überzeugungen unter einem Dach vereine. Ein liberal-reformfreundlicher, ein religiöser, ein nationalistischer und ein bürgerlich-konservativer Flügel sind klar zu unterscheiden. Die Rivalitäten dieser Flügel blockieren bisweilen die Regierungsarbeit.

Zudem ist hier die Beeinträchtigung der nach 2002 entstandenen guten Beziehung zwischen der AKP und liberalen Kräften in der türkischen Gesellschaft zu erwähnen: Nach der Wahl von 2007 strebte die AKP mit deren Unterstützung eine Verfassungsreform an, das gemeinsame Ziel war die Demokratisierung der Türkei. Weil die AKP hinsichtlich dieses neuen Verfassungsentwurfs die Freiheiten über religiöse Forderungen, wie bei-

¹⁷ Zit. nach ebd.

spielsweise die nach der Aufhebung des Kopftuchverbots an den Universitäten, definieren wollte, kam es teilweise zum Bruch dieser zweckorientierten Zusammenarbeit. Nach Ansicht der Liberalen war es ein schwerer taktischer Fehler, sich auf die Diskussion über das Kopftuch zu konzentrieren und die Freiheiten nicht im größeren Zusammenhang einer Verfassungsreform zur Stärkung aller Bürgerrechte anzugehen.¹⁸

Die EU-skeptische Neigung der AKP kam in einer Aussage ihres Vorsitzenden Tayyip Erdoğan 2008 zum Ausdruck, als er sagte: „Wir haben von der EU nur deren Unanständigkeit übernommen.“¹⁹ Dies erregte großes Aufsehen in der europäischen Öffentlichkeit. Mit Bezug auf die Aussage Erdoğan's formulierte die islamistische Zeitung „Vakit“ die Grundthesen der skeptischen Haltung der AKP, die auf Sittlichkeit, Moral und Religion basiert, wie folgt:

- Der Wert der Familie als Institution ist in den europäischen Gesellschaften zerstört. Anstelle der Ehe sind alternative Formen des Zusammenlebens getreten. Der Anteil der jungen Menschen an der Gesamtbevölkerung nimmt jedes Jahr ab.
- Ältere Menschen werden in Altersheime abgeschoben.
- ‚Anormale‘ Lebensweisen, so beispielsweise Homosexualität, werden unter dem Namen ‚sexuelle Freiheit‘ propagiert.
- In vielen europäischen Ländern ist das Alter für erste sexuelle Erfahrungen auf zehn bis elf Jahre gesunken.
- Selbst unter Grundschulern gibt es schon Alkohol- und Drogenabhängigkeit, vor allem von Heroin.
- Es gibt keinen Nachbarschaftssinn und keine Solidarität mehr. Der westliche Mensch lebt ‚einsam unter Millionen‘.
- Die Glaubenskrisen bedroht alle westlichen Länder. In Europa ist die Hälfte der Bevölkerung ohne Glauben.¹⁰

¹⁸ Vgl. International Crisis Group, Turkey and Europe: The Decisive Year Ahead, Europe Report No. 197 – 15 December 2008, S. 4–9.

¹⁹ Erdoğan: Batının ahlaksızlıklarını aldık, in: <http://arsiv.ntvmsnbc.com/news/432704.asp> (28. 7. 2009).

¹⁰ Vgl. Vakit vom 26. 1. 2008; zur Bewertung der Thesen vgl. Ahmet Hakan, On üç maddede Batı ahlaksızlı-

kları, in: <http://hurarsiv.hurriyet.com.tr/goster/haber.aspx?id=8114470&yazarid=131> vom 28. 1. 2008 (1. 8. 2009).

Die EU versteht sich als Wertegemeinschaft, die von ihren Mitgliedern klare Grenzen zwischen Religion und Staat, Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie die Garantie der Freiheitsrechte (Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit etc.) fordert – allesamt Themen, die Fragen hinsichtlich der Haltung der AKP gegenüber der EU aufwerfen, obwohl die Partei zum Beispiel im derzeitigen Parlament mit 28 Abgeordneten die meisten Frauen stellt.

EU-Skeptizismus der CHP

Die CHP wurde 1923 von Mustafa Kemal gegründet.¹¹ Grundsätzlich tritt die Partei – damals wie heute – für die sechs Prinzipien des Kemalismus ein: Republikanismus, Populismus, Laizismus, Nationalismus, Etatismus und Reformismus.¹² Hatte die CHP die pro-europäische Politik der AKP-Regierung zwischen 2002 und 2004 noch unterstützt, erklärte der CHP-Vorsitzende Deniz Baykal vor der Parlamentswahl von 2007, dass seine Partei den Reformkurs nicht mehr befürworte. Die Haltung der CHP zur EU ist am besten durch ein „Ja, aber“ zu definieren. Für die Wandlung von einer EU-unterstützenden zu einer EU-skeptischen Position waren folgende Faktoren entscheidend:

- die Kontrolle über den EU-Beitrittsprozess durch die (von der CHP als islamistisch angesehene) Regierungspartei AKP,
- das eigene politische Schicksal als Oppositionspartei seit 2002 und das Verbleiben in der Opposition nach der Niederlage bei der Parlamentswahl von 2007 gegen die pro-europäische AKP,
- die innerparteiliche Entwicklung der CHP, das heißt die Dominanz des kemalistisch-nationalistischen und „anti-imperialistischen“ Flügels,
- die exogenen Faktoren des EU-Annäherungsprozesses bzw. die Reflexionen über ein „Vertrauensproblem“ hinsichtlich der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei.

Wie die CHP sind auch die laizistischen Eliten der Republik und kemalistisch geprägte Institutionen wie die Armee und die Justiz skeptisch bezüglich eines echten Wandels der AKP hin zu einer „normalen“ Partei. Der AKP wird vorgeworfen, sie verfolge die EU-Mitglied-

kları, in: <http://hurarsiv.hurriyet.com.tr/goster/haber.aspx?id=8114470&yazarid=131> vom 28. 1. 2008 (1. 8. 2009).

¹¹ Zur frühen Geschichte der CHP siehe Kemal Karpat, The Republican People's Party 1923–1945, in: Metin Heper/Jacob M. Landau (eds.), Political Parties and Democracy in Turkey, London 1991, S. 42–64.

¹² Vgl. Hikmet Bila, CHP 1919–2009, Istanbul 2008.

schaft als taktisches Ziel: Mit Hilfe der liberalen EU-Attitüde ließe sich der Alltag noch leichter islamisch prägen. Für die CHP ist nicht nachzuvollziehen, wie die AKP – eine Partei, die das Laizismusprinzip einer liberalen Demokratie nicht völlig verinnerlicht habe – eine EU-Mitgliedschaft akzeptieren kann. Die pro-europäische Haltung und entsprechende Reformen der AKP führten zwischen 2002 und 2005 sowohl zu deren Erfolg bei der Wählerschaft als auch zur materiellen und machtbezogenen Schwächung der AKP- bzw. EU-skeptischen Elite. Die CHP wurde zunehmend kritisch gegenüber der EU, nachdem „Meinungsumfragen deutlich machten, dass die CHP keine Chance besaß, die nächsten Wahlen (2007; *Anm. des Autors*) zu gewinnen“.¹³ Bei der EU-skeptischen Positionierung der CHP darf daher ihre Rolle als Oppositionspartei seit 2002 nicht ignoriert werden.¹⁴

Daneben ist ihre innerparteiliche Entwicklung von Bedeutung: In ihrer Geschichte gab es parteiintern immer wieder Auseinandersetzungen um den Widerstreit zwischen Europäisierung einerseits und Nationalismus sowie Laizismus andererseits, wobei sich die CHP stets auf die Grundsätze des Kemalismus berief. Während die Türkei auf dem Weg in Richtung EU voranschreitet, soll sie nach Auffassung der CHP ihr einheitliches Staats- und Nationenverständnis bewahren, welches vom kurdischen Separatismus bedroht werde. Zudem solle die Türkei das Laizismusprinzip gegenüber dem islamistischen Fundamentalismus verteidigen. Die Türkei könne sich nur dann weiter demokratisieren und europäisieren, wenn der kurdische Separatismus und der fundamentalistische und gemäßigte Islamismus marginalisiert seien. Andernfalls bestehe die Gefahr, dass die Türkei in ethnische und religiöse Gruppen aufgespalten und somit die gesamte Ordnung zerstört werde.

Darüber hinaus kamen Ende 2004 äußere Faktoren der türkischen EU-Mitgliedschaft ins Spiel,¹⁵ wobei die Haltung der CHP gegenüber der EU durch die skeptische Türkei-Politik einiger EU-Länder negativ beeinflusst worden ist. Obwohl die CHP-Wähler größtenteils den EU-Beitritt befürworten, wandelte sich die CHP von einer EU-enthusiastischen zu einer EU-skeptischen Partei. Der islamistische Fun-

damentalismus, der kurdische Separatismus und der „europäische Imperialismus“¹⁶ wurden dabei von der CHP zu einem Feindbild verknüpft. Des Weiteren ist zu festzustellen, dass die CHP 16 Gesetzesvorhaben, welche die Türkei dem EU-Beitritt näher bringen sollten, behindert hat. Dies veranlasste Gegner der CHP immer wieder zu der Fundamentalkritik, dass die Partei ihre antidemokratischen Elemente, die in ihrer Identität schon immer vorhanden gewesen und auch heute noch von Bedeutung seien, während des EU-Annäherungsprozesses und der demokratischen Konsolidierung nicht verheimlichen könne. Dies sei der wahre Grund, warum sie mit der EU, die eine liberale Politik einfordere, nicht auf einer Linie sei.¹⁷ Dabei muss betont werden, dass die CHP zwischen ihrem Selbstverständnis als Staatsgründerpartei und einer ideologischen Linksorientierung schwankt und sich zu einer Elitenpartei gewandelt hat. Die CHP streitet gleichwohl ab, eine Partei der EU-Gegner oder -Skeptiker geworden zu sein.

EU: Einflussfaktoren bei AKP und CHP

Die Herangehensweise der EU an den Integrationsprozess eines Beitrittslandes und bei der Verwirklichung der Beitrittsbedingungen ist sowohl bezüglich der Entstehung als auch der Ab- und Zunahme des EU-Skeptizismus in der Türkei ein relevanter Faktor. Diesbezüglich wirken folgende Umstände gleichsam auf AKP und CHP:

- die Gegnerschaft von Bundeskanzlerin Angela Merkel gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei: „privilegierte Partnerschaft“ statt Vollmitgliedschaft;
- die Gegnerschaft des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy: Mittelmeer-Union statt Vollmitgliedschaft;
- Merkmale der Beitrittsverhandlungen wie ihre Ergebnisoffenheit;

¹³ Hakan Yılmaz, Euroskeptizismus in der Türkei, in: Gabriele Clemens (Hrsg.), *Die Türkei und Europa*, Münster 2007, S. 217.

¹⁴ Zum Zusammenhang zwischen EU-Skeptizismus und politischer Opposition siehe Nick Sitter, *The Politics of Opposition and European Integration in Scandinavia*, in: *West European Politics*, 24 (2001) 4, S. 22 – 39.

¹⁵ CHP, Tam Üyelige Evet, Özel Statüye Hayır [Parteipapier: Ja zur Vollmitgliedschaft, nein zur Privilegierten Partnerschaft], 2005.

¹⁶ In diesem Sinne wird durch nationalistische Linke behauptet, dass es sich bei der EU-Erweiterung um eine kulturelle, politische und wirtschaftliche Ausweitung der westlichen Hegemonie handle.

¹⁷ Vgl. Ismet Berkan, CHP'den neden ümidi kestim?, in: www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?Type=RadikalYazarYazisi&ArticleID=846447&Date=22.4.2008&CategoryID=97 vom 22. 4. 2009 (28. 7. 2009); Umut Özkırmlı, CHP milliyetçiliği, etnik milliyetçiliktir, in: www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=187334 vom 15. 5. 2009 (28. 7. 2009).

- die Betonung der Aufnahmekapazität der EU als neues Kriterium für die Aufnahme der Türkei;
- die Aussetzung von 8 der 35 Kapitel der Beitrittsverhandlungen wegen der ungelösten Zypernfrage;
- die Annahme des Armenier-Gesetzes in Frankreich im Jahre 2006, welches das Leugnen eines Völkermords an den Armeniern („la contestation de l'existence du génocide arménien“) in der Endphase des Osmanischen Reichs unter Strafe stellt;
- die Äußerungen Papst Benedikt XVI. zum Islam und zum Propheten Mohammed sowie die Mohammed-Karikaturen in den westlichen Medien (dieses Argument ist häufiger bei der AKP vorzufinden);
- die Zulassung des PKK-nahen Fernsehkanals Roj TV in Dänemark.

Abschließende Bewertung

Bezüglich der Haltung der AKP gegenüber der EU ist Hannes Swoboda, stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), folgender Auffassung: „Insgesamt betrachtet hat die AKP im Vergleich zu früheren Regierungen – vielleicht nicht immer mit der geschicktesten Form – sicherlich mehr gemacht. Das Problem ist, dass wir noch immer keinen wirklichen Verfassungsentwurf haben. Aber da hat man natürlich Angst, die Dinge wirklich grundsätzlich anzugehen und das ist sicherlich absolut notwendig.“ Darüber hinaus schätzt er die EU-Politik der CHP wie folgt ein: „Die CHP hat gesehen, dass sie sich mit ihrer Politik immer mehr von europäischen Parteien und Strukturen entfremdet. Daher versucht sie, sich dahingehend ein wenig zu korrigieren, allerdings bisher sehr zögerlich und noch nicht wirklich durchgreifend.“¹⁸

Als Ergebnis ist festzuhalten, dass die EU-Mitgliedschaft für die Türkei und die Mehrheit der Bevölkerung das wichtigste demokratische, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklungsprojekt ist. Für die Parteien, welche diesen allgemeinen Wunsch nach Veränderung in ihrer Politik nicht zur Sprache brin-

gen und umsetzen, ist die politische Zukunft ungewiss. Seit 2005 kommt die AKP dem Wunsch der Gesellschaft nach dem Beitritt zur EU nur in gemäßigtem Tempo nach, was sie damit begründet, dass ihr sowohl im In- als auch im Ausland Steine in den Weg gelegt würden. Es bleibt abzuwarten, welche Lehren sie in Bezug auf ihren moralisch begründeten EU-Skeptizismus aus dem Rückschlag bei den Regionalwahlen 2009 zieht. Es gilt dem Vertrauensschwund entgegenzuwirken, der in letzter Zeit bei manchen EU-Akteuren gegenüber der AKP wegen ihres Laizismusverständnisses liberaler Demokratien entstanden ist. Um auch 2011 die Regierung zu stellen, brauchen Erdoğan und seine Mitstreiter zweifelsohne neuen Schwung.

Auf der anderen Seite sieht die CHP, die sich seit Gründung der Türkischen Republik am Westen orientiert hat, die EU-Mitgliedschaft prinzipiell als eine „Krönung der republikanischen Reformen“ an. Allerdings hat sich ihre Haltung gegenüber der EU von einer kritischen in eine gegnerische gewandelt. Grund hierfür war zum einen, dass die EU die Beitrittsgespräche als einen Prozess mit offenem Ende anging, an dessen Ende nicht automatisch die Vollmitgliedschaft winkt. Zum anderen warf sie der EU vor, beim Verbotsverfahren gegen die AKP vor dem türkischen Verfassungsgericht einseitig Partei für diese ergriffen und somit deren geheimes Ziel unterstützt zu haben, den Staat zu islamisieren. Zudem gibt es innerhalb der CHP einen kemalistisch-nationalistisch begründeten EU-Skeptizismus. Seit Anfang 2009 ist allerdings zu beobachten, dass die CHP wieder zu ihrer Rolle als EU-Unterstützerin zurückfindet. So haben CHP-Politiker wie der Parteivorsitzende Deniz Baykal bei seinem Brüssel-Besuch im Februar 2009 wieder verstärkt auf die Bedeutung der EU-Mitgliedschaft hingewiesen. Nur mit der Profilierung als pro-europäische Reformpartei könnte die CHP der AKP bei der Parlamentswahl 2011 Schwierigkeiten bereiten und sich so vielleicht sogar den Weg in die Regierung ebnen. Dies erscheint aber aus heutiger Sicht sehr unwahrscheinlich.

¹⁸ Interview des Autors mit Hannes Swoboda in dessen Brüsseler Büro im Europäischen Parlament am 16. 2. 2009.

Die Kurdenfrage in der Türkei

Ob man es nun das Terrorproblem nennt oder das Südost(anatolien)-Problem oder das Kurdenproblem: Dies ist das wichtigste Problem der Türkei. Es muss gelöst werden.¹ Mit diesem

Susanne Güsten

geb. 1963; seit 1997 als freie Korrespondentin in Istanbul, u. a. für Tagesspiegel, Focus und den Deutschlandfunk. guesten@weltreporter.net

Satz öffnete der türkische Staatspräsident Abdullah Gül im Mai 2009 ein neues Kapitel in der Kurdenpolitik seines Landes. Lange Jahre hatte der türkische Staat die Existenz einer kurdischen

Bevölkerungsgruppe verneint; der Kurdenkonflikt wurde angesichts des bewaffneten Aufstandes der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) als reines „Terrorproblem“ gewertet.

Güls Aussage markierte nicht nur deshalb eine Zäsur in der türkischen Kurdenpolitik, weil zum ersten Mal ein Staatsoberhaupt der Republik öffentlich von einem „Kurdenproblem“ sprach, sondern seine Forderung nach einer Lösung fiel auch in eine Zeit, in der erstmals die wichtigsten Akteure der Kurdenpolitik in Ankara an einem Strang zogen.

Die Regierung hatte bereits zu Beginn des Jahres mit der Gründung des ersten staatlichen kurdischen Fernsehsenders der Türkei ein Zeichen gesetzt. Die Armee, vertreten durch Generalstabschef İlker Başbuğ, betonte ihrerseits, dass militärische Mittel im Kampf gegen die PKK durch soziale, wirtschaftliche und kulturelle Maßnahmen flankiert werden müssten. Die türkische Opposition signalisierte ebenfalls ihren Willen zu politischen Schritten, um das Kurdenproblem zu lösen. Seit 2007 verfügen die türkischen Kurden zudem über eine eigene politische Vertretung im türkischen Parlament: Die 21 Abgeordneten der Partei für eine Demokratische Gesellschaft (DTP) bieten sich seit langem als Gesprächspartner des Staates an. Die PKK geriet unterdessen in ihrem Versteck im Nordirak

unter immer größeren militärischen und politischen Druck.

Diese Konstellation mehrerer, für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage wichtiger Faktoren ist in der jüngeren türkischen Geschichte einmalig. Vor vier Jahren hatte Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan bereits Hoffnungen geweckt, als er als erster Regierungschef seines Landes öffentlich von einem „Kurdenproblem“ sprach. Damals wurde Erdoğan jedoch von der Armee wegen seiner Haltung kritisiert. In der ersten Hälfte dieses Jahres entwickelte sich nun ein neuerlicher Optimismus – begünstigt durch eine enge türkisch-amerikanische Zusammenarbeit beim Kampf gegen die PKK im Nordirak auf militärischem Gebiet sowie durch eine Veränderung des politischen Klimas aufgrund früherer Reformschritte. Erdoğan brachte die Wiedereinführung kurdischer Ortsnamen für Dörfer im Kurdengebiet ins Gespräch, die insbesondere nach dem Militärputsch von 1980 türkische Namen erhalten hatten.² Anfang Juni führte die staatliche Bühne in der osttürkischen Stadt Van als erstes Staatstheater der Türkei ein Stück in kurdischer Sprache auf.³

Wer sind die Kurden?

Wie so vieles in der emotional stark aufgeladenen Kurdenfrage, sind Beschreibungen dessen, was die Kurden als Bevölkerungsgruppe ausmacht, häufig umstritten. Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass die Kurden ein Volk von vorwiegend sunnitischen Muslimen sind, das seit mehr als tausend Jahren im Osten der heutigen Türkei sowie im Nordwesten von Iran, im Norden Iraks sowie im nordöstlichen Syrien zu Hause ist. Seit dem Übertritt der kurdischen Stämme zum Islam im siebten Jahrhundert ist das Wort „Kurde“ belegt.⁴

Da sie über viele Länder verstreut leben, ist die Gesamtzahl der Kurden schwer zu ermitteln. Allgemein wird von 20 bis 25 Millionen Menschen ausgegangen, davon lebt rund die Hälfte in der Türkei. Einen eigenen Staat hatten die Kurden in ihrer Geschichte noch nie.

¹ Radikal vom 9. 5. 2009.

² Vgl. ebd. vom 12. 5. 2009.

³ Vgl. CNN Türk vom 6. 6. 2009.

⁴ Vgl. Encyclopedia Britannica Online, Kurd (people), in: www.britannica.com/EBchecked/topic/325191/Kurd (29. 7. 2009).

Die Kurden sprechen keine einheitliche Sprache. Zwei indo-germanische, mit dem Persischen verwandte Dialekte werden unterschieden: In Teilen Nordiraks, im Nordwesten Irans und in der Türkei herrscht Kurmanci vor, im Westen Irans und südlicheren Teilen des kurdisch besiedelten Nordiraks wird vor allem Sorani gesprochen, das auch die offiziell anerkannte Form des Kurdischen im Irak ist. Die Zersplitterung in etliche Einzelsprachen und Dialekte führt dazu, dass sich viele Kurden in ihren Muttersprachen untereinander kaum verständlich machen können. Selbst die kurdischen Rebellen von der PKK veröffentlichen ihre Erklärungen deshalb zumeist in türkischer Sprache, weil das Türkische für die Zielgruppe der PKK eine *lingua franca* bildet.

Geschichte der Kurden in der Türkei

Bereits in den Jahren nach der Gründung der modernen türkischen Republik 1923 gab es erste gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen der Staatsgewalt und kurdischen Aufständischen. Mustafa Kemal „Atatürk“, der erste Präsident der Türkei, ließ 1925 einen Kurdenaufstand niederschlagen. Der Anführer der Kurden, Scheich Said, wurde gehängt.

Das Kurdengebiet blieb in den Jahrzehnten darauf eine der ärmsten und der sozial rückständigsten Regionen der Türkei. Mit der Gründung der PKK im Jahr 1978 begann eine neue Phase. Die linksextreme Organisation unter ihrem Anführer Abdullah Öcalan wandte sich sowohl gegen die von der PKK beklagte Unterdrückung der Kurden durch den türkischen Staat als auch gegen deren Unterdrückung infolge der immer noch starken Feudalstrukturen. Durch den türkischen Militärputsch von 1980 zusätzlich radikalisiert, begann die PKK 1984 mit dem bewaffneten Kampf gegen Ankara. Die Organisation wird von der Türkei, der EU und den USA als Terrororganisation eingestuft.

Der türkische Staat antwortete mit der Aufstellung von Ankara-treuen Milizen, den so genannten Dorfschützern, und mit der Verhängung des Kriegsrechts in weiten Teilen des türkischen Kurdengebiets. Erst 2002 wurde das Kriegsrecht in den letzten beiden Provinzen aufgehoben. Im Zuge des Konflikts wurden mehrere tausend Dörfer von der Armee geräumt, um der PKK den Nach-

schub abzuschneiden. Millionen von Kurden flohen in die Großstädte der Region, in andere Teile der Türkei und nach Westeuropa. Nach Angaben der türkischen Armee starben seit 1984 rund 40 000 Menschen bei Gefechten und Gewaltaktionen.

Im Februar 1999 wurde PKK-Chef Öcalan von türkischen Agenten in Kenia gefasst und in der Türkei inhaftiert. Öcalan verbüßt zur Zeit eine lebenslange Haftstrafe auf der Gefängnisinsel Imrali bei Istanbul. Auf seinen Befehl hin zog sich die PKK aus der Türkei in den Norden Iraks zurück. Im Jahr 2005 nahm die PKK nach Jahren relativer Ruhe ihre Gewaltaktionen wieder auf, doch haben die Gefechte nicht mehr die Intensität der Kämpfe der späten 1980er und frühen 1990er Jahre erreicht.

Kürzlich betonte der in Öcalans Abwesenheit zum starken Mann der PKK aufgerückte Murat Karayılan in einem Interview den Willen seiner Organisation zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts. Doch viele Beobachter in der Türkei halten Karayılan nicht für glaubwürdig, zumal es weiterhin vereinzelt tödliche Angriffe der PKK auf türkische Militärkonvois gibt. Karayılan betonte, die PKK habe das Ziel eines eigenen Kurdenstaates aufgegeben und strebe lediglich die Gleichberechtigung der Kurden innerhalb der türkischen Republik an. Eine Entwaffnung seiner Rebellen schloss Karayılan nicht aus, sagte aber, dies könne erst nach Gesprächen über die Voraussetzungen für einen endgültigen Gewaltverzicht geschehen.¹⁵

Politik

Neben der verbotenen PKK, die für sich die Rolle einer politischen Vertreterin der Kurden in Anspruch nimmt, existiert auch eine legale Kurdenpartei, die DTP. Da sich Parteien in der Türkei nicht als Vertretung einzelner ethnischer Gruppen präsentieren dürfen, ist „Kurdenpartei“ für die DTP zwar eine zutreffende, aber keine offizielle Bezeichnung. Aus Sicht der türkischen Justiz bildet die DTP den verlängerten Arm der PKK; vor dem Verfassungsgericht in Ankara läuft deshalb ein Verbotsverfahren gegen die Partei.

¹⁵ Das im nordirakischen Versteck der PKK geführte Gespräch des angesehenen Kolumnisten Hasan Cemal mit Karayılan erschien in mehreren Teilen vom 5. bis zum 9. 5. 2009 in der Zeitung Milliyet.

Schon in den vergangenen Jahrzehnten waren mehrere Kurdenparteien wegen ihrer mutmaßlichen Nähe zur PKK aufgelöst worden, doch hatten sich die Kurdenpolitiker stets neu formiert.

Zur Lösung der Kurdenfrage muss die Türkei nach Ansicht der DTP mehrere Tabus überwinden. So fordern DTP-Politiker mehr politische Eigenständigkeit für das Kurdengebiet, was angesichts der zentralstaatlichen Ordnung der Türkei für die meisten anderen politischen Akteure ausgeschlossen ist.¹⁶ Zudem verlangt die DTP, dass bei der Suche nach einer Konfliktlösung die Ansichten des inhaftierten PKK-Chefs Öcalan sowie die PKK selbst berücksichtigt werden müssten. Beides wird von Ankara bisher strikt abgelehnt.

Bei der Parlamentswahl von 2007 umging die DTP die für den Parlamentseintritt einer Partei geltende Zehn-Prozent-Hürde, indem sie ihre Kandidaten als nominell Unabhängige aufstellte, für welche die Hürde nicht gilt. Nach der Wahl formierte sich dann im Parlament von Ankara die erste kurdische Parlamentsfraktion der türkischen Geschichte mit 21 Abgeordneten. Die meisten Kurden votierten bei der Wahl 2007 allerdings nicht für die DTP, sondern für Erdoğan's religiös-konservative Regierungspartei AKP. Enge Kontakte konservativer Parteien zu kurdischen Clans haben eine lange Tradition. Clanchefs liefern den Parteien kraft ihres Einflusses auf die Angehörigen ihrer oft mehrere tausend Mitglieder umfassenden Sippen viele Wählerstimmen. Im Gegenzug können die Clanchefs mit dem Wohlwollen oder sogar der Patronage durch den Staat rechnen. Zur politischen Stärke vieler Clanchefs im Kurdengebiet trägt auch das Dorfschützersystem bei. In vielen Gegenden Südostanatoliens sind ganze Dörfer dafür bekannt, dass sie entweder den Dorfschützern angehören oder aber mit der PKK sympathisieren. Im strukturschwachen Kurdengebiet hat sich dieses System zu einer wichtigen Einkommensquelle vieler Familien entwickelt, die auf den Sold von umgerechnet etwa 250 Euro angewiesen sind.

Kultur

Lange sah Ankara die Assimilierung der Kurden als einzig gangbaren Weg an. Der öffentliche Gebrauch der kurdischen Sprache und

die Aufführung kurdischer Lieder waren verboten. Dies führte dazu, dass viele der zehn bis zwölf Millionen Kurden zu Fremden im eigenen Land wurden. Da insbesondere auf dem Land zahlreiche Mädchen von ihren Eltern nicht zur Schule geschickt werden, gibt es in der Türkei Millionen von Frauen, die kein Türkisch verstehen. Bis vor kurzem war der PKK-nahe Satellitensender „Roj-TV“ für diese türkischen Kurden die einzige moderne Informationsquelle, die ihnen zur Verfügung stand.

Im Rahmen der türkischen EU-Bewerbung lockerten sich in den vergangenen Jahren viele der Sprachverbote. Vorläufiger Höhepunkt dieser Entwicklung war der Sendestart für den Fernsehkanal „TRT 6“ zu Beginn dieses Jahres, eines staatlichen Senders, der seine Programme in kurdischer Sprache ausstrahlt. Ministerpräsident Erdoğan sprach beim Sendestart von „TRT 6“ sogar einen Satz auf Kurdisch.¹⁷ Als Folge der Tatsache, dass ein staatlicher Fernsehsender der Türkei ein Vollprogramm in kurdischer Sprache ausstrahlt, mehrten sich in den vergangenen Monaten die Forderungen nach weiteren Schritten. So wird über die Zulassung von kurdischen Wahlkampfreden ebenso diskutiert wie über kurdische Predigten in den Moscheen.

Wirtschaft

Die kurdischen Siedlungsgebiete gehören zu den ärmsten des Landes. Unter Berücksichtigung der Kaufkraft wies die Türkei 2007 ein durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen von etwas unter 10 000 US-Dollar im Jahr auf; die 24 Provinzen im Nordosten, Osten und Südosten des Landes, die das Hauptsiedlungsgebiet der Kurden darstellen, kamen aber nur auf Durchschnittseinkommen von 3600 bis 5300 US-Dollar.¹⁸

In den langen Jahren des Krieges in Ostanatolien ist vielerorts das wirtschaftliche Gefüge zerstört worden. Die Räumung von Tausenden Dörfern und die Umsiedlung vieler Menschen in die Städte haben zu einer hohen Arbeitslosigkeit geführt, die nach offiziellen Angaben im vergangenen Jahr bei 15,8 Prozent lag; im Landesdurchschnitt waren es elf

¹⁷ Erdoğan sagte: „TRT Şeş bi xêr be“ – „Viel Erfolg, TRT 6“; vgl. Taraf vom 30. 12. 2008.

¹⁸ Vgl. Milliyet vom 1. 4. 2007.

¹⁶ Vgl. Radikal vom 11. 7. 2009.

Prozent.⁹ Lokale Vertreter des religiös-konservativen Unternehmerverbandes MÜSIAD schätzen allerdings die tatsächliche Arbeitslosenrate in der Region auf etwa 50 Prozent.¹⁰ Nach einer im vergangenen Jahr von der Zeitung „Radikal“ veröffentlichten Umfrage müssen 52 Prozent der Kurden mit weniger als 700 Lira (324 Euro) im Monat auskommen und gelten damit als extrem arm; in den Dörfern des Kurdengebiets lag dieser Anteil sogar bei 70 Prozent.¹¹ Millionen Kurden haben deshalb versucht, der hoffnungslosen Lage in ihrer Heimat durch Emigration in den wohlhabenderen Westen der Türkei oder nach Europa zu entfliehen. Vielfach verdingten sie sich als Bauarbeiter, Erntehelfer oder als ungelernete Arbeiter in anderen Branchen.

Soziales

Auch wenn die Kurden formal gleichberechtigte Bürger der türkischen Republik sind, gibt es viele Anzeichen sozialer Benachteiligungen. Nach der „Radikal“-Erhebung beträgt die durchschnittliche Schulzeit der Türken 7,4 Jahre, doch bei Kurden sind es nur 6,1 Jahre. Während in einem türkischen Durchschnittshaushalt 4,3 Menschen leben, sind es in einem kurdischen Haushalt 6,1. 15 Prozent der befragten Kurden gaben an, ihren Ehepartner nicht selbst ausgesucht zu haben; im türkischen Landesdurchschnitt liegt dieser Anteil bei 6,7 Prozent.¹²

Im Kurdengebiet gibt es weniger gute Straßen, weniger Flughäfen und weniger Universitäten als in anderen Teilen der Türkei. Mitunter schlagen Spannungen zwischen Türken und kurdischen Zuwanderern in westlichen Landesteilen der Türkei in Gewalt um. In Altinova an der Ägäis starben im vergangenen Herbst zwei Menschen bei Auseinandersetzungen zwischen Türken und Kurden. Geschäfte von Kurden wurden geplündert. Der Soziologe Mustafa Sönmez sah darin Anzeichen für eine „Lynchkultur“, die viele Kurden dazu bewege, trotz wirtschaftlicher Not in ihrer ostanatolischen Heimat zu bleiben, statt im Westen der Türkei Arbeit zu suchen.¹³

⁹ Vgl. CNNTürk vom 8. 5. 2009.

¹⁰ Vgl. Milli Gazete vom 30. 1. 2009.

¹¹ Vgl. Radikal vom 21. bis 27. 12. 2008.

¹² Vgl. ebd.

¹³ Vgl. Milliyet vom 13. 10. 2008.

Wie andere türkische Regierungsparteien vor ihr betont die AKP, die sich als wertkonservative Partei rechts der Mitte betrachtet, die überragende Bedeutung des staatlichen Zusammenhalts der Republik und lehnt Forderungen nach einer bundesstaatlichen Umgestaltung zur Gewährung administrativer Autonomie für einzelne Landesteile ab. Dennoch gibt es erhebliche Unterschiede zwischen der Herangehensweise der AKP und der traditionellen Kurdenpolitik Ankaras, die insbesondere seit Ausbruch der Gewalt in den 1980er Jahren die Existenz einer eigenen kurdischen Identität verneinte.

Erdoğan selbst stieß im Jahr 2005 eine neue Diskussion an, indem er als erster Regierungschef öffentlich von einem „Kurdenproblem“ sprach und Fehler des Staates im Umgang mit der Minderheit einräumte. Zudem umriss er in einer weiteren Rede einen politischen Rahmen, mit dem er die Balance zwischen dem herausragenden Ziel der staatlichen Einheit und dem Streben der Kurden nach mehr Selbstbestimmung suchte. Demnach sollte der Charakter als türkischer Staatsbürger für alle Türken eine „Über-Identität“ bilden, unter deren Dach sich „Unter-Identitäten“ wie etwa die der Kurden frei entfalten könnten.¹⁴ Erdoğan's Modell stieß zunächst bei der Armee und anderen Kräften auf strikte Ablehnung. Inzwischen ist jedoch zu beobachten, dass selbst die Militärführung ähnliche Gedanken äußert. So erregte Generalstabschef İlker Başbuğ in einer viel beachteten Rede im April Aufsehen, indem er statt vom „türkischen Volk“ vom „Volk der Türkei“ sprach, eine Wendung, die implizit Raum für andere ethnische Gruppen neben den Türken lässt.¹⁵ Sowohl Erdoğan als auch Başbuğ betonten regelmäßig die sozialen, kulturellen, politischen und diplomatischen Dimensionen des Konflikts. Mit dem in seiner April-Rede enthaltenen Satz „Auch Terroristen sind Menschen“ bekannte sich Başbuğ öffentlich zu dieser neuen Linie.

Da die AKP bei ihrem Regierungsantritt im November 2002 die türkische EU-Bewerbung zur Priorität erhob, waren Reformen auch im Kurdengebiet fast unausweichlich. Verbesserungen für die Kurden ergaben sich einerseits

¹⁴ Vgl. Hürriyet vom 22. 11. 2005.

¹⁵ Vgl. Milliyet vom 15. 4. 2009.

aus landesweiten Schritten zur Demokratisierung. Andererseits erforderte die türkische EU-Bewerbung auch Reformen, die auf die Lage der Kurden zugeschnitten waren, etwa im Bereich der Sprachfreiheit. Inzwischen hat auch die kemalistische Oppositionspartei CHP, die in den vergangenen Jahren im Kurdengebiet bedeutungslos geworden war, einen neuen Kurs in der Kurdenpolitik eingeschlagen und befürwortet nun weitere politische Reformen.

Einem kurdischen Nationalismus erteilen AKP, CHP und Armee dagegen eine klare Absage. So verweigerte Erdoğan lange Zeit ein Gespräch mit dem DTP-Vorsitzenden Ahmet Türk, weil dieser es ablehnte, die PKK öffentlich als Terrororganisation zu bezeichnen; das erste Treffen der beiden Politiker fand erst im Zuge der Bemühungen der Regierung um einen breiten politischen Konsens in der Kurdenfrage im August 2009 statt. Als Alternative zum kurdischen Nationalismus betont die AKP die Identität der Kurden als Muslime.

Ihrem Anspruch, eine in allen Landesteilen präsenste Volkspartei zu sein, wurde die AKP in den vergangenen Jahren insofern gerecht, als sie auch in Teilen des kurdischen Ostens und Südostens Anatoliens zur bestimmenden Kraft geworden ist. Hinter diesem Erfolg standen die im Rahmen der EU-Reformen erfolgten politischen Neuerungen, vor allem aber das Versprechen eines wirtschaftlichen Aufschwungs. Auch gab es erste Versuche, mutmaßliche Menschenrechtsverletzungen durch die Sicherheitskräfte zu verfolgen. Ein von Agenten eines Militärgeschwändienstes verübter Bombenanschlag im südostanatolischen Şemdinli löste Ende 2005 große Empörung aus. In den vergangenen Monaten ließ die zivile Staatsanwaltschaft an mehreren Orten des Kurdengebiets mutmaßliche Massengräber öffnen, in denen die sterblichen Überreste von Opfern außergerichtlicher Hinrichtungen vermutet wurden.

Allerdings konnte die AKP nicht alles halten, was sie versprach. Erdoğan selbst verscherzte sich viele Sympathien im Kurdengebiet, als er in einer Rede den Eindruck erweckte, er unterstütze die alte rechtsradikale, auf Kurden und Linke gemünzte Formel, sie sollten die Türkei „entweder lieben oder abhauen“¹⁶. Auch blieb der von vielen Kurden erhoffte Wirtschaftsaufschwung aus. Nicht zuletzt deshalb scheiterte

¹⁶ Vgl. Taraf vom 4. 11. 2008.

die AKP im März 2009 bei der Kommunalwahl mit dem Versuch, der DTP die Macht in wichtigen Städten wie Diyarbakır zu entreißen.

Außenpolitische Rahmenbedingungen

Seit langem beklagt Ankara, die PKK genieße in einigen europäischen Staaten immer noch Unterstützung. Zumindest teilweise war diese Kritik aus türkischer Sicht verständlich. So hielt sich PKK-Chef Abdullah Öcalan bei seiner Flucht vom Herbst 1998 bis zu seiner Festnahme im Februar 1999 mit Wissen der italienischen Behörden zeitweise in einem Vorort von Rom auf, ohne dass er festgenommen wurde. Unmittelbar vor seiner Verhaftung durch türkische Agenten fand Öcalan Unterschlupf in der griechischen Botschaft in Nairobi.

Für die PKK ist Europa insbesondere für die Propaganda und die Finanzierung ihrer Aktionen wichtig. Bis heute sendet der PKK-nahe Satellitensender „Roj-TV“ aus Dänemark; die PKK-nahe Zeitung „Yeni Özgür Politika“ erscheint in Deutschland, und die PKK-nahe Nachrichtenagentur ANF hat ihren Sitz in den Niederlanden. Zudem ist die PKK nach Einschätzung des Bundesamtes für Verfassungsschutz auf Gelder angewiesen, die in Europa durch Sammlung und Erpressung von Spenden beschafft werden. Die in der Bundesrepublik seit 1993 verbotene PKK hat unter den 500 000 bis 600 000 Kurden in Deutschland etwa 11 500 konstante Anhänger, stellte das Bundesamt in seinem Jahresbericht 2008 fest.¹⁷

Doch während das Geld aus Europa für die PKK weiterhin fließt, werden andere Rahmenbedingungen für die Organisation schwieriger. Die wichtigste Veränderung betrifft die Lage im Nordirak, wo die PKK ihr Hauptquartier unterhält und von wo aus sie ihre Aktionen gegen die Türkei steuert. Nachdem der Nordirak für die PKK lange Jahre ein relativ sicherer Raum war, wächst in jüngster Zeit der Druck auf die Rebellen. Ein Wendepunkt war ein Treffen Erdogans mit dem damaligen US-Präsidenten George W. Bush im November 2007 in Washington. Bei dieser Zusammenkunft erteilte Bush der Türkei die Erlaubnis für räumlich und zeitlich begrenzte Militäraktionen im Nordirak und sagte darüber hinaus die geschwändienstliche Unterstützung bei der Verfolgung der PKK zu.

¹⁷ Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2008, S. 232–244.

Kurz darauf begann die Türkei mit Luftangriffen auf vermutete PKK-Stellungen auf irakischem Boden; im Februar 2008 schickte Ankara dann im Rahmen einer einwöchigen Intervention auch Bodentruppen ins Nachbarland.

Begleitet wird diese enge türkisch-amerikanische Zusammenarbeit, die bis heute anhält, von Bemühungen Ankaras, die irakischen Zentralbehörden in Bagdad und die Regierung der kurdischen Regionalverwaltung dazu zu bewegen, Druck auf die PKK auszuüben. Hierfür musste die türkische Regierung über ihren eigenen Schatten springen, hatte sie doch noch vor einigen Jahren betont, lediglich die Regierung in Bagdad, nicht aber die kurdische Regionalverwaltung, als ihre Gesprächspartnerin in Irak zu betrachten. Dahinter stand die Befürchtung, durch eine Aufwertung der kurdischen Regionalregierung durch direkte Gespräche die Entstehung eines Kurdenstaates im Irak zu befördern. Im vergangenen Jahr begann die Türkei jedoch mit direkten Verhandlungen mit der kurdischen Regionalverwaltung.

Zumindest in Ansätzen haben die türkischen Anstrengungen im Irak erste Früchte getragen. Der irakische Staatspräsident Dschalal Talabani forderte die PKK mehrmals öffentlich auf, die Waffen niederzulegen und den Irak zu verlassen. Die kurdischen Regionalbehörden verstärkten unterdessen Kontrollen in der Gegend um das PKK-Hauptquartier in den nordirakischen Kandil-Bergen, um den Nachschub für die PKK zu erschweren. Im Herbst soll im nordirakischen Erbil zudem eine pan-kurdische Konferenz stattfinden, die laut Talabani von der PKK einen endgültigen Gewaltverzicht fordern wird.

Perspektiven

Trotz dieser verbesserten außenpolitischen Voraussetzungen werden die Bemühungen um eine friedliche Beilegung des Kurdenkonflikts sehr schwierig werden. Nach einem Vierteljahrhundert der Gewalt mit mehreren zehntausend Toten, nach staatlichen Repressionen und vielen Anschlägen der PKK-Rebellen wird es schmerzhafter Zugeständnisse aller Beteiligten bedürfen.

Längst nicht in allen Bereichen ist erkennbar, wie diese Kompromisse aussehen könnten. So ist die grundsätzliche Frage unbeantwortet, wie das für Ankara unabdingbare Festhalten am

zentralstaatlichen Prinzip mit der Forderung der DTP und der PKK nach einer Autonomie für die Kurden vereint werden kann. Ob dieses Problem im Zuge der Arbeiten an einer neuen türkischen Verfassung ausgeräumt werden kann, steht nicht fest. Gleichzeitig wird immer klarer, dass starke Kräfte auf beiden Seiten des Konflikts kein Interesse an einem Ende der Gewalt haben. PKK-Anführer wie Karayilan haben ihr ganzes Leben als Rebellen in den Bergen verbracht und wegen der von ihnen angeordneten Anschläge kaum Aussichten auf eine Rückkehr ins zivile Leben. Ein ehemaliger General der türkischen Armee gab zu, dass er während seiner Dienstzeit im Kurdengebiet hin und wieder Bombenanschläge verüben ließ, die frisch in die Region versetzten Richtern und anderen Beamten vor Augen führen sollten, wie gefährlich die Lage sei.¹⁸

Viel wird davon abhängen, inwieweit der türkische Staat es vermag, den kurdischen Osten und Südosten des Landes aus seiner Armut und sozialen Rückständigkeit zu befreien. Hoffnungslosigkeit und hohe Arbeitslosigkeit treiben Extremisten immer neue Rekruten zu.

Trotz dieser Einschränkungen sind die Chancen für eine friedliche Beilegung des Kurdenkonflikts heute besser als je zuvor. Ein entscheidender Faktor dabei ist ein grundsätzliches Umdenken auf staatlicher Seite. Bei Regierung, bürgerlicher Opposition und bei der Armee hat sich die Ansicht durchgesetzt, dass politische, soziale, kulturelle und wirtschaftliche Schritte notwendig sind. Gleichzeitig verfügen die Kurden erstmals über eine demokratisch legitimierte Vertretung im Parlament von Ankara. Die PKK ist in ihrem einst sicheren Versteck im Nordirak unter Druck geraten und betont ihre Gesprächsbereitschaft. Die internationale Unterstützung für die Rebellen ist stark zurückgegangen.

Ob diese Ansätze in konkrete Veränderungen münden werden, steht noch nicht fest. Die Rahmenbedingungen für eine Lösung werden jedoch von den Akteuren selbst als besonders günstig bewertet. Staatspräsident Gül bezeichnete 2009 als „Jahr der Gelegenheit“, den Konflikt beizulegen.¹⁹

¹⁸ Vgl. Sabah vom 27. 7. 2006.

¹⁹ Star vom 8. 5. 2009.

Loay Mudhoon

Die türkische AKP als Vorbild für die arabische Welt?

Im Zuge des epochalen Bewusstseinschocks nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 nahm die internationale Debatte über die Rolle der türkischen Repu-

Loay Mudhoon

M. A., geb. 1972;

Politik- und Islamwissenschaftler an der Universität Köln, Redakteur der Deutschen Welle und Redaktionsleiter von qantara.de. Loay.Mudhoon@dw-world.de

blik als zivilisatorisches Entwicklungsmodell für die Modernisierung der Region des Nahen und Mittleren Ostens und als kulturelle Brücke zwischen dem „Westen“ und der „islamischen Welt“¹ sowohl auf akademischer Ebene²

als auch auf Ebene der Entscheidungseliten und der ihnen nahestehenden Think-Tanks deutlich an Intensität zu.

Der Modellcharakter der Türkei für einen moderaten Islam als potentieller Partner für den Westen in einer „Allianz für Frieden und gegen globale Gefahren“³ und als Mittelweg zwischen radikalem Islamismus und „offiziellem Staatsislam“, auch „Petro-Islam“ genannt, wurde immer wieder sowohl von europäischen und amerikanischen Entscheidungseliten als auch von Vertretern eines religiös-demokratischen Konservatismus in der türkischen AKP-Regierung (*Adalet ve Kalkınma Partisi*, „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“) hervorgehoben. Auch US-Präsident Barack Obama scheint die weltpolitische Dimension eines funktionierenden und glaubwürdigen „Modellstaats“ für die Vereinbarkeit von Demokratie, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit – allesamt genuine Errungenschaften der westlich geprägten Moderne – mit dem Islam erkannt zu haben. Anscheinend davon angetrieben, hat Obama bei seinem Türkei-Besuch im April 2009 für die Aufnahme des mehrheitlich muslimischen Landes in die Europäische Union (EU) plädiert.

Die moderne Türkei sei auf ähnlichen Werten wie die USA errichtet worden – „als säkulares Land mit Respekt für die Religion, den Rechtsstaat und alle Freiheiten“.⁴

Im Folgenden soll primär der Frage nachgegangen werden, inwiefern die türkische AKP islamistischen⁵ bzw. islamischen Parteien und Bewegungen im arabischen Raum als Vorbild für eine mögliche Integration in die bestehenden politischen Systeme dienen kann. Hieraus ergeben sich weitere, untergeordnete Fragestellungen: Wie kam es zur Reform des türkischen Islamismus und inwiefern unterscheiden sich die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen in der Türkei von denen in den arabischen Staaten? Als Einstieg in das Thema bietet sich eine kurze Einführung in die historischen und politischen Besonderheiten der Türkei und in die Genese der AKP an.

Die Türkei als islamischer Sonderfall

Innerhalb der islamischen Welt stellt die Türkei in vielerlei Hinsicht einen Sonderfall dar. Neben Indonesien⁶ ist sie eine der wenigen

¹ Die Konstruktion und Gegenüberstellung von Begriffen wie dem „Islam“ und dem „Westen“ ist häufig anzutreffen und dennoch unzulässig, denn eine Weltreligion wie der Islam lässt sich mit einer geo-kulturellen und politischen Formation wie dem Westen nicht vergleichen; vgl. hierzu Ghassan Salame, *Al-Islam laisa la'aiban siyasian* (Der Islam ist kein politischer Akteur), in: *Al-hayat* vom 20. 5. 2002, S. 4.

² Zur Rolle der Türkei als Vorbild für muslimische Staaten vgl. Vali Nasr, *The Rise of Muslim Democracy*, in: *Journal of Democracy*, 16 (2005) 2, S. 13–27; Nilüfer Göle, „Die Türkei kann ein Modell für Europa sein“, in: *Die Tageszeitung (taz)* vom 15. 10. 2008.

³ Amitai Etzioni, *Die Türkei – Nagelprobe für den Westen*, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, (2008) 4, S. 11.

⁴ Zit. nach Boris Kálnoky, *Barack Obama sieht Türkei als „Modell für die Welt“*, in: *Die Welt* vom 6. 4. 2009, S. 12.

⁵ Der Islamismus (bzw. islamistisch) wird hier als eine auf absoluten Systemwechsel gerichtete revolutionäre politische Massenideologie verstanden, während islamisch-konservative Parteien sich in den demokratischen Parametern der bestehenden politischen Systeme bewegen und die Subordination des Islam unter der Politik akzeptieren. Vgl. Nathan J. Brown/Amr Hamzawy/Marina Ottaway, *Islamist movements and the democratic process in the Arab world*, Carnegie Endowment for International Peace, Paper Nr. 67, Washington DC 2006.

⁶ Indonesien ist der Bevölkerung nach das viertgrößte Land der Welt und nach den USA und Indien die drittgrößte Demokratie.

funktionierenden muslimisch-säkularen Demokratien – wenn auch mit unleugbaren Defiziten. Sie ist das einzige Land in der muslimischen Staatengemeinschaft, in dem der Islam nicht als Staatsreligion beziehungsweise als erste Quelle der Gesetzgebung institutionalisiert wurde. Gleichzeitig ist der Laizismus als das wichtigste Leitprinzip der Republik in der türkischen Verfassung fest verankert. Hinzu kommt, dass in keinem anderen Staat mit überwiegend muslimischer Bevölkerung die Religion so sehr aus dem öffentlichen und politischen Leben verdrängt worden ist.

Diese Tatsache liegt vor allem darin begründet, dass die vom Staatsgründer „Atatürk“ durchgesetzte Trennung von Staat und Religion im Laufe der Geschichte der türkischen Republik immer wieder sowohl Gegenstand als auch Instrument politischer Auseinandersetzungen gewesen ist – und bis heute einem sehr rigiden, jakobinischen Laizismusverständnis unterliegt, das sich Re-Islamisierungstendenzen, aber auch jeglicher religiöser Sichtbarkeit im öffentlichen Leben vehement entgegenstellt. Denn „der Laizismus jakobinischer Prägung betrachtet religiöse Anschauungen und religiöse Praxis ausschließlich als Gewissensfragen des Einzelnen. Im Gegensatz zu dieser positivistischen Auffassung wird der Laizismus nach angelsächsischem Verständnis lediglich rein politischen und juristischen Gesichtspunkten betrachtet, das heißt als institutionelle Trennung von Religion und Staat. Sie wendet sich somit nicht gegen öffentliche oder soziale Äußerungsformen der Religion, solange diese nicht die Belange des Staates berühren“.¹⁷ Die mächtigen Institutionen des laizistisch-kemalistischen Staates, insbesondere in Militär und Justiz, fungieren immer noch als Hüter der Republik und starke Bastionen gegen alle Versuche, die bestehende Ordnung zu gefährden.

Der Kampf um die (Neu-)Interpretation des Laizismus ist auch ein Kampf um die „kulturelle Hegemonie“ zwischen den Anhängern der kemalistischen Staatsideologie aus dem militärisch-bürokratischen Lager, welche seit Gründung der Republik 1923 die Schlüsselpositionen in Politik, Medien, Bürokratie, Militär und Justiz innehatten, und den neuen isla-

misch-konservativen Eliten um die AKP. Der Machtkampf hat sich seit dem Frühjahr 2007 verschärft. Hierbei geht es nicht um die Etablierung einer anderen Staatsform, sondern lediglich um die „Deutungshoheit über die Identität der Republik“.¹⁸

Die Zuspitzung des Machtkampfes gipfelte in einer Staatskrise um die Wahl eines neuen Staatspräsidenten im Jahr 2007, als kemalistisch-nationalistische Kräfte die Wahl des damaligen Außenministers Abdullah Gül kategorisch ablehnten und die Regierungspartei sich auch auf keinen Kompromisskandidaten einließ. Im wohl ersten „Internetputsch“ der Geschichte drohten die türkischen Generäle am 27. April 2007, gegen alle Kräfte vorzugehen, welche die laizistischen Grundwerte der Republik in Frage stellen. Das Verfassungsgericht ließ sich instrumentalisieren und verhinderte nach Drohungen der kemalistischen Militärelite die Wahl Güls zum Staatspräsidenten.

Nachdem die Präsidentenwahl gescheitert war und die Polarisierung zwischen den weltlichen und islamisch-konservativen Kräften das Land lähmte, entschied sich Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan für vorgezogene Parlamentswahlen am 22. Juni 2007. Trotz des fulminanten Wahlsiegs der AKP dauerte die politische Polarisierung fort und führte im vergangenen Jahr zur Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die Regierungspartei. Der Generalstaatsanwalt forderte mit der Begründung, dass die AKP ein Zentrum antisäkularer Aktivitäten sei, ihre Auflösung und ein Betätigungsverbot für ihre Spitzenpolitiker. Das Verfahren endete zwar mit einem knappen Freispruch, gleichwohl wurden aber der AKP die staatlichen Finanzzuschüsse erheblich gekürzt.

Diese zunehmende politische und gesellschaftliche Polarisierung verringerten den Handlungsspielraum der regierenden Eliten und hatten insbesondere seit Ende 2005 in erheblichem Ausmaß auch den Reformprozess des Landes verlangsamt.¹⁹

Zu den wichtigen Besonderheiten der türkischen Republik gehört auch die Tatsache,

¹⁷ Ergun Özbudun, Ein Grundgesetz nach deutschem Vorbild, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. 1. 2009, S. 12.

¹⁸ Heinz Kramer, Türkische Turbulenzen: der andauernde Kulturkampf um die „richtige Republik“, SWP-Studie, Berlin 2009, S. 5.

¹⁹ Vgl. Asiye Öztürk, Der innenpolitische Kontext des außenpolitischen Wandels der Türkei, Bonn 2009, S. 6.

dass sie als einziges muslimisches Land Mitglied der NATO ist und Beitrittsverhandlungen mit der EU führt, darüber hinaus der Konferenz der Islamischen Staaten angehört. Sie schafft als „einziges Land diesen Dreierpakt zwischen dem Transatlantischen Bündnis, der EU und der islamischen Welt – das sind die Assets der Türkei aus friedenspolitischer Sicht“.¹⁰

Entstehung der AKP

Im Laufe der Geschichte der Republik Türkei hat der Islam sehr unterschiedliche Rollen gespielt. Nachdem Staatsgründer „Atatürk“ die strikte Trennung von Staat und Religion verfügt hatte, wurde der Islam während der darauffolgenden Einparteiherrschaft weitestgehend aus dem öffentlichen Leben verbannt – zwischen 1933 und 1948 war nicht einmal ein Studium der Religion möglich.¹¹

Doch die Türkei wurde nie völlig entislamisiert, sondern lediglich von oben säkularisiert. Die bereits im Osmanischen Reich bestehende staatliche Unterwerfung des Islams wurde in die neue westliche Staatsräson übernommen und massiv ausgeweitet. Damit wollte „Atatürk“ aus der Türkei einen modernen Nationalstaat nach europäischem Vorbild machen, der als religiöser Dienstleister fungiert.¹²

Nach der Einführung des Mehrparteiensystems im Jahr 1946 nahm der Islam als eines der Elemente im Vielvölkerstaat Türkei zunächst eine integrative Funktion ein. Doch spätestens mit der Gründung der Millî Görüş-Bewegung 1967 und der ihr zuzuordnenden MNP (*Millî Nizam Partisi*, „Partei der Nationalen Ordnung“) von Necmettin Erbakan 1970 trat eine Strömung in den Vordergrund, die mit eindeutig islamistischem Programm die Hüter des Laizismus in Alarmbereitschaft versetzte.

Mit dem Militärputsch von 1980 wurde eine „staatspolitische Zäsur im Lichte der

¹⁰ Cemal Karakas, Türkei: Islam und Laizismus zwischen Staats-, Politik- und Gesellschaftsinteressen, HSKF-Report, (2007) 1, S. 4; in: www.hsfk.de/fileadmin/downloads/report0107.pdf (20. 7. 2009).

¹¹ Vgl. Bekim Agai, Islam und Kemalismus in der Türkei, in: APuZ, (2004) 33–34, S. 18–24.

¹² Vgl. C. Karakas (Anm. 10), S. I.

Türkisch-Islamischen Synthese (TIS) eingeleitet“.¹³ Die Ausweitung der staatlich-religiösen Dienstleistungen, die Einführung des Religionsunterrichts als Pflichtfach und die Instrumentalisierung der staatlichen Religionsbehörde (*Diyanet*) zur „Förderung der nationalen Solidarität und Integration“ führten nicht nur zu einer Nationalisierung des Islams, sondern auch zur Islamisierung der Nation von oben. Das Militär hat im Zuge seiner Intervention zwar sämtliche politische Parteien verbieten lassen, darunter auch Erbakans MSP (*Millî Selamet Partisi*, „Nationale Heilspartei“), die zuvor in mehreren Regierungskoalitionen vertreten gewesen war. Zugleich räumte es dem sunnitischen Islam aber eine eigenständige und wichtige Rolle in der gesellschaftspolitischen Entwicklung ein: Er diene dem kemalistischen Staat als „neue“ alte Legitimationsressource. Hier kam es zu einer „Politisierung des Islams von oben, also von Staatsseite aus, mit dem Ziel, durch die Propagierung eines republikanisch-laizistischen und ethno-nationalen, sprich türkifizierenden Staatsislam die gesamte türkische Gesellschaft zu säkularisieren, unterschiedliche konfessionelle Gemeinschaften zu homogenisieren (vor allem den alevitischen Glauben zu sunnisieren) und die kurdische Identität zu marginalisieren, damit die territoriale Einheit des Landes (gegen kurdische Nationalisten) gesichert ist“.¹⁴

Im Jahr 1995 gelang es Erbakan, die Parlamentswahlen mit der RP (*Refah Partisi*, „Wohlfahrtspartei“) zu gewinnen und den Auftrag zur Regierungsbildung zu erhalten. Unter dem Druck des vom Militär dominierten Nationalen Sicherheitsrates zerbrach die Regierung allerdings 1997 und die RP, Nachfolgepartei der verbotenen MSP, wurde 1998 vom Verfassungsgericht ebenfalls verboten. Führende Politiker, darunter Erbakan selbst, aber auch der damalige Oberbürgermeister Istanbul, Recep Tayyip Erdoğan, wurden mit Politikverboten belegt.

Aus der wiederum verbotenen Nachfolgepartei FP (*Fazilet Partisi*, „Tugendpartei“) gingen zwei neue Parteien hervor: Die weiterhin islamistische SP (*Saadet Partisi*, „Glückseligkeitspartei“), der Erbakan zwischen 2003 und 2004 noch einmal vorsah, und die mode-

¹³ Ebd., S. II.

¹⁴ Ebd. S. 8.

ratere und reformorientierte AKP, die bei den Parlamentswahlen 2002 und 2007 die absolute Mehrheit errang.

AKP als erste islamisch-konservativ-demokratische Partei?

Die AKP beschreibt sich selbst als „a ground where the unity and the integrity of the Republic of Turkey, the secular, democratic, social State of law, and the processes of civilianization, democratization, freedom of belief and equality of opportunity are considered essential“.¹⁵ Sie bekennt sich zwar offen zu ihren islamisch-konservativen Wertvorstellungen, präsentiert sich jedoch als systemkonform, wertkonservativ und neoliberal. Ihre politische Philosophie der konservativen Demokratie vergleicht sie mit dem Konservatismus der Christlich Demokratischen Union (CDU) in Deutschland.

Gemessen an ihrem politischen Handeln ist die Partei diesem Bekenntnis zu den Grundsätzen der Republik bisher nachgekommen. Seit ihrem Regierungsantritt 2002 hat sie zahlreiche Reformen initiiert, um die Demokratisierung des Landes voranzutreiben und den „Kopenhagener Kriterien“ zur Aufnahme in die EU zu entsprechen.¹⁶ Von entscheidender Bedeutung war dabei die faktische Teilentmachtung des Nationalen Sicherheitsrats im Zuge der formalen Zurückdrängung seiner Kompetenzen und Einflussmöglichkeiten auf zivile Einrichtungen des Staates; im Gegenzug wurden die Kontroll- und Entscheidungskompetenzen des Ministerpräsidenten deutlich gestärkt.

Angesichts dieses pro-europäischen Reformers mag es schwer verständlich erscheinen, dass der AKP nach wie vor von Seiten des kemalistischen Establishments großes Misstrauen entgegengebracht wird. Sowohl in der Selbstdarstellung wie auch in ihrer Politik hat sich die AKP bislang nichts zu Schulden kommen lassen, was den neutralen Beobachter hätte argwöhnisch werden lassen können. Dass sich führende Politiker öffentlich zu

¹⁵ Laut Internetseite der AKP: <http://eng.akparti.org.tr/english/partyprogramme.html> (11. 6. 2009).

¹⁶ Vgl. Heinz Kramer, Die Türkei im Prozess der „Europäisierung“, in: APuZ, (2004) 33–34, S. 9–17; siehe hierzu auch den Artikel von Mehtap Söyler in dieser Ausgabe.

ihrer Religion bekennen, ist durchaus vereinbar mit der von der AKP vertretenen Position zum Laizismus, zur Demokratie gehöre nicht nur die Trennung von Staat und Religion, sondern ebenso die freie Äußerung von Religiosität. In einem Land mit vorwiegend muslimischer Bevölkerung ist es notwendig, diese kulturelle Identität politisch zu berücksichtigen. Diese sichtbare Religiosität erscheint allerdings in einem anderen Licht, wenn man sich den politischen Werdegang der erwähnten Führungsfiguren vor Augen führt, und lässt die Befürchtungen des laizistischen Lagers zumindest teilweise gerechtfertigt erscheinen. Denn sowohl Premierminister Erdoğan wie auch Staatspräsident Abdullah Gül bedienten sich in der Vergangenheit durchaus islamistischer Rhetorik.

Dass die AKP aber über eine islamistische *hidden agenda* zur Unterwanderung der Republik verfügt (und *takkiye* betreibt, sprich die Verschleierung des Glaubens durch Täuschung), die sie zu verwirklichen gedenkt, sobald der national-säkulare Widerstand auf demokratischem Wege aus dem Feld geschlagen sei, wie Teile der Opposition argwöhnten, ist trotz der islamistischen Wurzeln ihrer Vertreter nicht plausibel. So plädiert der Politikwissenschaftler Oliver Roy vorerst für kühnen Positivismus: Seiner Ansicht nach muss man auch Islamisten an ihren Taten und nicht an ihren Absichten messen, denn „Aufrichtigkeit ist kein politisches Konzept“.¹⁷

Hintergründe des Wandels

Im Gegensatz zum „alten“ kemalistischen Establishment, das sich in seinem westlichen Selbstverständnis als die fortschrittliche und aufgeklärte Kraft des Landes versteht, seit zwei Jahrzehnten aber in einem ebenso autoritären wie undemokratischen Staatsverständnis verharrt und sich am Status quo festhält, entwickelte sich die AKP zunehmend zu einer Partei der Reform und der „neuen türkischen Mitte“. Schließlich hat fast jeder zweite Wähler für sie votiert und mehr als 70 Prozent gaben an, die Partei aus wirtschaftlichen Gründen gewählt zu haben.

¹⁷ Zit. nach Sonja Zekri, Gottes Gegenkultur, 18. 12. 2008, in: http://de.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-638/_nr-33/_p-1/i.html (28. 5. 2009).

Erdoğans Triumph im Jahr 2007 beruhte in erster Linie darauf, dass seine Regierung in den vorangegangenen fünf Jahren mehr Reformen angepackt hatte als alle säkularen Vorgängerregierungen in den 50 Jahren zuvor. Seine AKP konnte viele Menschen von ihrem Wandel zu einer modernen Mitte-Rechts-Partei überzeugen und sich für neue Wählerschichten attraktiv machen: Anstelle frommer Islamisten und alter Gefolgsleute Erdoğans sitzen für die AKP nun auch bekannte Liberale und Linke im Parlament.

Wenn wir von der Integrität der politischen Absichten und Programmatik der AKP ausgehen, muss festgestellt werden, dass der türkische Islamismus einen bemerkenswerten Wandel vollzogen hat: Die AKP wandte sich von der traditionellen islamistischen Forderung nach der „Gerechten Ordnung“ („*Adil Düzen*“¹⁸) ab und bekannte sich zu Laizismus und Demokratie, während die SP in ihrem islamistischen Duktus verharrte und in der politischen Bedeutungslosigkeit versank. Damit war das Scheitern des türkischen Islamismus besiegelt.

Für die Emanzipation des türkischen Islamismus von seiner radikalen Ideologie hin zu einer gemäßigten Reformkraft der Mitte trugen eine Reihe von Faktoren bei: Ein erster, offensichtlicher Faktor war die Erfahrung des Scheiterns vorheriger islamistischer Parteien. Die Konfrontationspolitik hatte die Position des Islamismus im türkischen Machtgefüge nicht gestärkt, sondern letztendlich zum Verbot der Partei geführt. Entgegen der These, die Mehrheit der Muslime wolle den islamischen Staat, fanden die türkischen Islamisten in der Bevölkerung nicht genügend Unterstützung, um gegen den geballten Druck des laizistischen Lagers und der Zivilgesellschaft zu bestehen. Ein möglicher Faktor könnte auch die Einsicht heutiger AKP-Eliten sein, dass die Errichtung eines islamischen Staates weder die Lösung der realen Probleme bringen noch eine Aufwertung des Islam bewirken würde.

¹⁸ Vgl. Ioannis N. Grigoriadis, Die erste „muslimisch-demokratische“ Partei? Die AKP und die Reform des politischen Islams in der Türkei, in: Muriel Asseburg (Hrsg.), *Moderate Islamisten als Reformakteure*, SWP-Studie, Berlin 2007, S. 23.

Ein großer Anreiz für ein Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten ist sicherlich das Entgegenkommen der EU gewesen. Die Verheißung einer Aufnahme in die EU und die damit verbundene Hoffnung auf eine nachhaltige Stabilisierung und Entwicklung der Wirtschaft dürfte zumindest für die Pragmatiker unter den islamischen Politikern ein überzeugendes Argument gewesen sein.

AKP: kein Modell für arabische Islamisten

Bis zu den großen Reformen der Regierungspartei AKP (2002 bis 2005) war es kaum möglich, die Türkei als einen „echten Modellstaat“ für die Vereinbarkeit von Demokratie und Islam in der arabischen Welt glaubwürdig zu präsentieren. Denn die demokratischen Defizite des Landes waren allzu offensichtlich, insbesondere, was die Rolle der türkischen Streitkräfte im politischen Entscheidungsfindungsprozess anbelangt.¹⁹

Zwar wird die Rolle des türkischen Militärs vom Großteil der Bevölkerung positiv gesehen, und anders als in nahezu allen arabischen Nachbarstaaten haben die türkischen Streitkräfte nie die dauerhafte Errichtung einer Militärdiktatur angestrebt. Jedoch wurde die Türkei in den arabischen Ländern angesichts der Machtfülle der Generäle und deren Westorientierung in erster Linie als eine vom Westen gesteuerte „Militär-Demokratie“ wahrgenommen, die seit der Abschaffung des osmanischen Kalifats und der gewaltsamen Säkularisierung von oben eine schwere Identitätskrise durchlebt.²⁰

Der jordanische Journalist Yousef Alsharif bemerkt hierzu: „Das Türkeibild, das sich vielen Arabern fest eingeprägt hat, besteht aus zwei Komponenten, dem westlichen Säkularismus, der Allianz mit dem Westen und mit Israel. Und viele Araber missverstehen die Be-

¹⁹ Zur Rolle des türkischen Militärs im Vergleich zu den arabischen Staaten vgl. Loay Mudhoon, Die stolzen Hüter der Republik, in: *Kulturaustausch – Zeitschrift für internationale Perspektiven*, (2008) IV, S. 59.

²⁰ Vgl. Burhan Ghalioun, 'Tarradjua' An-Namudadj al-irani li hisab at-turki (Aufstieg des türkischen Modells auf Kosten des iranischen), in: *Al-Ghad* vom 14. 7. 2009, S. 12 und Khaled Hroub, *Al-Harakat al-islamiya wa Al-'Almana as-siyasia* (Die Islamische Bewegung und die politische Säkularisierung), Amman 2009, S. 17.

deutung des Säkularismus, sie setzen ihn gleich mit Atheismus, mit der Verbannung der Religion und der Bekämpfung ihrer Symbole.“¹²¹ Die streng laizistische politische Ordnung in der Türkei trägt aus konservativer arabischer Sicht zur Festigung dieser falschen Vorstellungen bei, wie sich beispielsweise am Kopftuchverbot an den Universitäten zeigt. Zur arabisch-türkischen Entfremdung trug ohne Zweifel auch das offenkundige Desinteresse der Republikgründer an einem Engagement in der Region bei, die sie als rückständig betrachteten.

Erst durch den Beschluss des türkischen Parlaments Anfang März 2003, mit dem die Unterstützung der US-amerikanischen Streitkräfte bei der Invasion im Irak abgelehnt wurde, kam es zu einem historischen Wendepunkt für das Türkeibild der Araber. Die US-Regierung musste dieses Votum akzeptieren, denn es „kam von einem echten, aus demokratischen Wahlen hervorgegangenen Parlament“.¹²² In der arabischen Welt waren sowohl die Massen als auch große Teile der konservativen Eliten voller Bewunderung für diese Haltung. Bemerkenswert waren vor allem die positiven Reaktionen gemäßiger Islamisten im Herzland des Islam auf das gelungene „AKP-Experiment“; viele Kommentatoren sahen darin eine Ermutigung für arabische Islamisten, sich zu reformieren und am politischen Prozess zu partizipieren.

Dennoch: Die türkischen Erfahrungen im Umgang mit dem Islamismus lassen sich auf den arabischen Raum kaum übertragen. Zudem ist eine mögliche Vorbildfunktion der AKP bereits dadurch eingeschränkt, dass sich die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen in der heutigen Türkei von denen in den verschiedenen arabischen Staaten grundlegend unterscheiden: Im Gegensatz zum arabischen Raum hat die türkische Republik bereits eine demokratische Tradition. Diese schließt nicht nur den Respekt vor dem politischen System und seinen Institutionen ein, der von den politischen Akteuren im Laufe der Geschichte der Republik grundsätzlich entgegengebracht wurde, sondern auch den im Vergleich zu den arabischen Staaten li-

beralen und kritischen öffentlichen Diskurs, der für eine demokratische politische Kultur von essentieller Bedeutung ist. Zudem hat die türkische Demokratie die Entstehung der AKP erst möglich gemacht hat – und damit den (Post-)Islamisten die Chance zu politischer Entfaltung und Reifung eröffnet.

Eine weitere Besonderheit ist, dass sich die politische Militärelite in der Türkei generell tolerant gegenüber den islamistischen Kräften verhalten hat; sie ließen sie ihren Diskurs entfalten, auch wenn ihnen beim vermeintlichen Griff nach der Macht stets ein Riegel vorgeschoben wurde. Derartige Entfaltungsmöglichkeiten hatten arabische Islamisten bis dato nicht.

Heute sind autoritäre arabische Regime das Haupthindernis für die politische und intellektuelle Weiterentwicklung der islamistischen Parteien, die in erster Linie damit beschäftigt sind, ihr Überleben zu sichern. Das bedeutet, dass die Reife dieser Bewegungen einige Bedingungen voraussetzt – vor allem die Notwendigkeit der herrschenden arabischen Machteliten, grundlegende politische Reformen anzustoßen, um ein Minimum an demokratischen Freiheiten und Partizipationsmöglichkeiten zu gewährleisten.¹²³

Ein weiterer zentraler Gesichtspunkt ist der ökonomische Vorsprung, den die Türkei gegenüber den meisten arabischen Staaten genießt, aber auch die Entstehung einer neuen großstädtischen Elite. Denn in der Türkei gewinnt ein neuer religiöser, aber pragmatischer Mittelstand zusehends an Gewicht. Er bezieht sich in seinem Handeln explizit auf den Islam; gleichzeitig plädiert er für den freien Markt und das Einhalten der *good governance*-Standards und gegen staatliche Einflussnahme; nicht selten ist auch von „islamischen Calvinisten“¹²⁴ die Rede. Im Gegensatz dazu halten arabische islamistische Parteien nach wie vor an überkommenen ideologischen Konzepten und historischen Narrativen fest.

¹²³ Vgl. Slaheddine Jourchi, Reformpolitik der türkischen AK-Partei. Vorbildcharakter für arabische Islamisten?, 9. 6. 2006, in: http://de.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-468/_nr-549/i.html (20. 5. 2009).

¹²⁴ Thomas Fuster, Islam und Kapitalismus – eine türkische Symbiose, in: Neue Zürcher Zeitung vom 9. 5. 2009, S. 27.

¹²¹ Yousef Alsharif, „Gibt es in der Türkei Muslime?“, in: Kulturaustausch – Zeitschrift für internationale Perspektiven, (2008) IV, S. 66.

¹²² Sadik Jalal al-Azm, Das türkische Paradox, in: taz vom 16. 12. 2004, S. 11.

Dirk Halm · Dietrich Thränhardt

Der transnationale Raum Deutschland –Türkei

Transnationale Räume entstehen durch die Knüpfung von Netzwerken zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren. Grenzüberschreitende Kontakte werden damit nicht ausschließlich von staatlichen *internationalen* Akteuren getragen. Die Sozialwissenschaft geht davon aus, dass die Bedeutung *transnationaler* Räume wächst.¹

Dirk Halm

Dr. phil., geb. 1971; Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster, wiss. Angestellter am Zentrum für Türkeistudien an der Universität Duisburg-Essen, Altendorfer Straße 3, 45127 Essen. halm@zft-online.de

Dietrich Thränhardt

Dr. rer. soc., geb. 1941; Prof. em.; Fellow Transatlantic Academy, 1744 R St NW, Washington D.C. 20009, USA. thranha@uni-muenster.de

Diese wachsende Relevanz ist plausibel, betrachtet man sowohl den grenzüberschreitenden Einsatz von Produktionsfaktoren (Kapital, Arbeit) und den Handel in Folge der fortschreitenden internationalen Arbeitsteilung als auch weitere Migrationsformen einschließlich des grenzüberschreitenden Tourismus. Hinzu kommt die rasante Entwicklung von Informationstechnologien, welche die Bedeutung räumlicher Entfernung für die Bildung von Netzwerken immer weiter reduzieren. Für das Ausmaß grenzüberschreitender Netzwerke ist von Bedeutung, wie ausgeprägt die Zivilgesellschaft ist.

Im Falle der Türkei und Deutschlands ist von einem ausgeprägten transnationalen Raum auszugehen: Die Arbeitsmigration aus der Türkei nach Deutschland, der daran anschließende Familiennachzug, Deutschland als lange Zeit wichtigster Handelspartner der Türkei, die Türkei als beliebtes Reiseziel der Deutschen – all dies deutet auf potenziell umfangreiche und differenzierte deutsch-türkische

Netzwerke hin, die sich abseits der internationalen Beziehungen und jenseits politischer Steuerungsversuche entwickelt haben. Der vorliegende Artikel skizziert einige wichtige Netzwerke, die den deutsch-türkischen transnationalen Raum konstituieren und verweist auf deren Auswirkungen auf die Lebenswirklichkeit in der Türkei und in Deutschland.

Zivilgesellschaft in der Türkei

Die Vergemeinschaftung jenseits des Staates – Formen freiwilligen, bürgerschaftlichen Engagements, der Zusammenschluss in Vereinen oder auch in Initiativen und anderen informellen Gruppen sind Bestandteile der Zivilgesellschaft eines Landes. In der klassischen Staatsphilosophie, in der über die unterschiedlichen Organisationsmöglichkeiten des Staates reflektiert wird, kommt die Zivilgesellschaft nicht vor. Insofern ist die Existenz differenzierter zivilgesellschaftlicher Strukturen theoretisch nicht unabdingbare Voraussetzung für Demokratie. Tatsächlich zeigt sich aber ein deutlicher empirischer Zusammenhang zwischen demokratischer Staatsform, gesellschaftlicher Pluralität und funktionierenden zivilgesellschaftlichen Strukturen. Autoritäre Staaten neigen dazu, Vergesellschaftungsprozessen außerhalb der staatlichen Strukturen mit Misstrauen zu begegnen, da der Anspruch besteht, den Prozess der Artikulation politischer Interessen zu kontrollieren und auf ein bestimmtes Ergebnis hin zu lenken. Die Existenz einer Zivilgesellschaft ist eine wichtige Voraussetzung für Demokratie; sie gewährleistet quasi deren Bodenhaftung und verhindert, dass Politik die Angelegenheit einer isolierten politischen Klasse wird. Für die Türkei ist die Frage nach der Zivilgesellschaft sehr bedeutend, da seit der Republikgründung von 1923 staatliche Stellen nichtstaatlichen Organisationen misstrauten – eben weil vermutet wurde, der Verzicht auf Steuerung der Interessenartikulation könnte zu unerwünschten Ergebnissen führen (Separation ethnisch-kultureller Gruppen, zuvorderst der Kurden; Re-Islamisierung der türkischen Gesellschaft).² Der

¹ Siehe zu diesen Themen Ludger Pries, *Die Transnationalisierung der sozialen Welt*, Frankfurt/M. 2008; Thomas Faist, *The Volume and Dynamics of International Migration and Transnational Social Spaces*, Oxford 2000.

² Zur Evolution der Zivilgesellschaftsdiskussion in der Türkei vgl. Gazi Çağlar, *Staat und Zivilgesellschaft in der Türkei und im Osmanischen Reich*, Frankfurt/M. 2000, S. 21–147.

Staat als allmächtiger und autoritärer Vater war lange eine politische Grundvorstellung in der Türkei – nicht nur in der osmanischen, sondern auch in der republikanischen Periode seit 1923. Diese Auffassung kam auch in dem Ehrennamen „Atatürk“, „Vater der Türken“, zum Ausdruck, der dem Gründer der Republik Mustafa Kemal verliehen wurde. Bis heute steht das Standbild Atatürks in allen türkischen Städten und sein Konterfei zierte die Briefmarken. Der Staat lenkte die Wirtschaft und beherrschte die meisten großen Unternehmen, die Armee griff regelmäßig in die türkische Politik ein (Militärputsche 1960, 1971 und 1980) und setzte Politiker ab, ordnete den Staat neu und berief sich dabei stets auf das Erbe des Staatsgründers.¹³ Der Staat war monolithisch organisiert, mit nur einer legalen Sprache und einer Religion, die durch eine staatliche Behörde verwaltet und kontrolliert wurde. Bestimmte Aspekte der Vergangenheit waren tabu. Insgesamt beherrschte und durchdrang der Staat die Zivilgesellschaft in jeder Hinsicht, eine Vorstellung, die unter dem Begriff Etatismus zusammengefasst wird und Bestandteil der türkischen Staatsideologie des Kemalismus war. Dies weist auf die Notwendigkeit hin, nicht nur zwischen dem Vorhandensein und der Abwesenheit von Zivilgesellschaft zu unterscheiden, sondern vielmehr danach zu fragen, ob Zivilgesellschaft sich auch jenseits des Einflusses der herrschenden politischen Klasse konstituiert.¹⁴

In den vergangenen Jahren hat ein grundlegender Wandel stattgefunden, der die Türkei demokratischer, pluralistischer, ziviler und freiheitlicher gemacht hat. Zum ersten Mal hat eine demokratisch gewählte Regierung Konflikte mit der Armee durchgestanden. Der von dieser dominierte Nationale Sicherheitsrat, eine Art Überregierung, wurde reformiert und der Einfluss des Militärs eingeschränkt. Mit dem laufenden „Ergenekon“-Prozess kommen zum ersten Mal kriminelle Aktivitäten von Offizieren und ehemaligen Offizieren vor Gericht, die sich bisher im Dunklen des sogenannten „tiefen Staates“ abspielten und ungesühnt blieben.¹⁵ Im vergangenen Jahr scheiterte ein kemalis-

tischer „Justizputsch“, so die regierungsnaher Lesart, als das türkische Verfassungsgericht den Antrag auf Verbot der konservativ-islamischen Regierungspartei AKP von Ministerpräsident Tayyip Erdoğan ablehnte. Die kurdische Sprache, lange Zeit verboten und verfolgt, wird heute in einem staatlichen Fernsehkanal gesprochen. Es erscheinen Bücher über die Verfolgung und Ermordung der Armenier im Ersten Weltkrieg, was über all die Jahrzehnte unmöglich gewesen war. Journalisten, Schriftsteller, Professoren und viele andere Bürger äußern nonkonforme Meinungen, selbst wenn dies oft noch mit Gefahren verbunden ist, wie der Mord an dem türkisch-armenischen Journalisten Hrant Dink 2007 zeigt.

Migration und türkische Organisationen in Deutschland

In Deutschland leben heute etwa 2,6 Millionen Menschen mit türkischen Wurzeln. Ausgangspunkt ihrer Migration nach Deutschland war die Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Jahr 1961. Mit dem Anwerbestopp 1973 und der anschließenden rechtlichen Regelung des Familiennachzugs folgten den meist männlichen Arbeitern ihre Frauen und Kinder. Heute leben in etwa so viele türkeistämmige Frauen wie Männer in Deutschland, mehr als jede/r dritte besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit.¹⁶ Die Einwanderungsbevölkerung hat sich stark ausdifferenziert und inzwischen gibt es nicht nur viele türkische Arbeiter, sondern auch eine Vielzahl von Unternehmern, Profifußballer, eine umfangreiche kulinarische Szene, türkeistämmige Abgeordnete und mit Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) auch einen deutschen Parteivorsitzenden. Türken sind die sichtbarste Einwanderungsgruppe in Deutschland.

In der pluralen deutschen Gesellschaft bildeten die Einwanderer rasch zivilgesellschaftliche Organisationen, wobei die Rahmenbedingungen ambivalent waren: Einerseits ermöglichte die grundsätzliche Assoziationsfreiheit in Deutschland die unkomplizierte Etablierung von Organisationen, andererseits wurde deren Arbeit weder aktiv gefördert noch wies man

¹³ Zum historischen Hintergrund und zu den traditionellen Strukturen vgl. Dietrich Thränhardt, Die Türkei. Eine militärische Republik, in: PVS-Literatur, (1982) 2, S. 159–166 und (1983) 1, S. 6–25.

¹⁴ Vgl. G. Caglar (Anm. 2), S. 554.

¹⁵ Siehe zur Rolle des türkischen Militärs den Aufsatz von Şahin Alpay in dieser Ausgabe.

¹⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Einbürgerung 2007, Wiesbaden 2008.

ihnen eine Rolle im politischen Willensbildungsprozess zu. So ist eine komplementäre Organisationslandschaft der türkeistämmigen Bevölkerung entstanden, die deutsche Angebote ergänzt und speziell in die Lebensbereiche hineinwirkt, die sich der Assimilierung widersetzt haben. So werden zuvorderst die Komplexe Religion und Kulturpflege durch eigenethnische türkische Organisationen in Deutschland abgedeckt.¹⁷ Potentiell handelt es sich hierbei um transnationale Phänomene mit häufigen intensiven Kontakten in die Türkei,¹⁸ wobei eine differenzierte Betrachtung angebracht ist. So erfolgt die deutschlandorientierte Integrationsarbeit der Organisationen erwartungsgemäß unabhängig von transnationalen Netzwerken,¹⁹ während politische Aktivitäten angesichts fehlender Beteiligungsmöglichkeiten hierzulande oft eine grenzüberschreitende Orientierung aufweisen.¹⁰ Bei Gruppen, die ihre Ziele einfacher in der Diaspora verfolgen können, ergibt sich eine Ausstrahlung aus Europa in die Türkei (zu denken wäre etwa an Kurden und Aleviten oder den fundamentalistischen Islam). Analog erklärt sich die fehlende gesellschaftspolitische Integration des Islams in Deutschland auch teilweise durch die Orientierung auf die Türkei.

Allerdings ist nicht ausgemacht, ob die eingangs angesprochene fortschreitende Transnationalisierung auch eine Stärkung der aus Arbeitsmigration nach 1961 hervorgegangenen Selbstorganisationen und ihrer grenzüberschreitenden Kontakte bedeutet. Mit dem Heranwachsen der zweiten und dritten Generation von Migrantinnen und Migranten und fortschreitenden Integrationsprozessen verlieren klassische herkunftslandorientierte Organisationen möglicherweise nicht nur zugunsten deutscher Vergemeinschaftungsalternativen an Attraktivität, sondern auch zugunsten von Migrantenorganisationen, die unterschiedliche

¹⁷ Vgl. Dirk Halm/Martina Sauer, *Bürgerschaftliches Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland*, Wiesbaden 2007, S. 69.

¹⁸ Siehe zu den transnationalen Kontakten wichtiger türkischer Organisationen in Deutschland Anna Amelina/Thomas Faist, *Turkish Migrant Associations in Germany: Between Integration Pressure and Transnational Linkages*, in: *Revue Européenne des Migrations Internationales*, (2008) 2, S. 67–90.

¹⁹ Vgl. ebd., S. 89.

¹⁰ Vgl. Ruud Koopmans/Paul Statham, *How national citizenship shapes transnationalism: A comparative analysis of migrant claims-making in Germany, Great Britain and the Netherlands*, Oxford 2001.

Herkünfte umspannen.¹¹ In der türkischen Community in Deutschland sind damit zwei gleichzeitige, dennoch gegenläufige Trends bedeutsam. Einer fortschreitenden Transnationalisierung vieler Lebensbereiche und dem Heranrücken der Türkei an Deutschland durch Verkehr, Medien und Informationstechnologien steht ein zu erwartender Bedeutungsverlust der Herkunftslandorientierung gegenüber, die noch auf die Gastarbeitermigration zurückgeht. Das heißt, dass der deutsch-türkische transnationale Raum in Zukunft nicht unbedingt expandieren wird. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass er sich wandeln und neue Akteure und Netzwerke hervorbringen wird. Der oben erwähnte Wandel der Bedingungen für die Zivilgesellschaft in der Türkei kann einer solchen Entwicklung einen wichtigen Schub geben, etwa indem sich in der Türkei Organisationen bilden, die Beziehungen zu Gruppen herstellen, die sich in Folge von Unterdrückung in der Türkei primär in der Diaspora etabliert haben (hier wäre beispielsweise an die alevitischen Organisationen zu denken). Zudem könnten zuvor staatlich dominierte grenzüberschreitende Kontakte von nichtstaatlichen Akteuren weitergeführt werden. So handelt es sich beim momentan wichtigsten in Deutschland tätigen Moscheeverband DITIB nicht um eine zivile, sondern um eine staatliche transnationale Organisation. Ihr dominanter Partner auf türkischer Seite ist das Präsidium für Religiöse Angelegenheiten, das an das Amt des Ministerpräsidenten angegliedert ist. Mit der Anerkennung auch nicht staatlich kontrollierter Religion in der Türkei könnte sich diese Situation mittelfristig ändern.

Transnationale Identitäten

Mit der sich wandelnden Identität der Migrantinnen und Migranten mit türkischem Hintergrund in Deutschland verändert sich auch der deutsch-türkische transnationale Raum. Die Etablierung solcher neuer Identitäten vollzieht sich in der Regel im Zuge intergenerativen Wandels, nicht im Rahmen individueller Biographien.¹² Betrachtet man die jüngeren Türkeistämmigen in Deutschland,

¹¹ Vgl. Claudia Diehl, *Die Partizipationsmuster türkischer Migranten in Deutschland. Ergebnisse einer Gemeindestudie*, in: *Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik*, (2001) 1, S. 29–35.

¹² Vgl. Frank Kalter/Nadia Granato, *Sozialer Wandel und strukturelle Assimilation in der Bundesrepublik. Empirische Befunde mit Mikrodaten der amtlichen Statistik*, in: *IMIS-Beiträge*, (2004) 2, S. 80.

so fällt auf, dass sich der Wandel hin zu transnationalen Identitäten eher langsam vollzieht.

Den 16- bis 29-jährigen türkeistämmigen Teilnehmern einer deutschlandweiten repräsentativen Befragung gelingt es nur selten, deutsche und türkische Identität so zu vereinen, dass sie sich tatsächlich als „Deutsch-Türken“ bezeichnen (7 Prozent). Weitere 25 Prozent weisen mit der Angabe, sie seien halb Deutsche und halb Türken, eine Art „Patchwork-Identität“ auf. Im Vergleich zur Gruppe der Türkeistämmigen ab 30 Jahren sind damit unter den jungen Befragten die Identitäten deutlich häufiger, die nicht durch *eine* Nation bestimmt sind. Allerdings bleibt die allein türkische Identität für immerhin noch 59 Prozent unter ihnen bestimmend. Zu beachten ist hier, dass für die kulturelle Identität nicht nur das Lebensalter, sondern auch die Aufenthaltsdauer bestimmend ist. Auch unter den jungen Türkeistämmigen in Deutschland finden sich viele Heiratsmigranten mit eher geringer Deutschlandbindung.¹³ Die nationale Herkunft bleibt damit für die Identitäten der Mehrheit auch der Jüngeren bestimmend, echt transnationale Identitäten sind (noch) die Ausnahme.

Transnationale Medien

Für die Türkeistämmigen in Deutschland gehörten muttersprachliche Medienangebote fast von Anfang an zum Alltag. Aus der Türkei importierte Zeitungen werden seit Ende der 1960er Jahre angeboten, 1972 produzierte die größte türkische Zeitung „Hürriyet“ erstmals Europa-Seiten, welche die Belange der Migrantinnen und Migranten in den Fokus nehmen. Weitere Zeitungen folgten diesem Beispiel. An Funkmedien standen den Zugewanderten bis Ende der 1980er Jahre nur die seit 1964 von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten produzierten muttersprachlichen Sendungen zur Verfügung. Diese sollten als Brücke in die Heimat fungieren. Ende der 1960er Jahre wurden im öffentlich-rechtlichen Fernsehen erste Formate entwickelt, die auch Integrationsziele verfolgten. Mit der Ausbreitung des Satellitenfernsehens schließlich kam es zu einer weiteren Entgrenzung der medialen

¹³ Vgl. Dirk Halm, Freizeit, Medien und kulturelle Orientierungen türkischstämmiger Jugendlicher, in: Hans-Jürgen von Wensierski/Claudia Lübcke (Hrsg.), Junge Muslime in Deutschland, Opladen 2007, S. 105 f.

Räume.¹⁴ Große Bedeutung kommt in diesem Prozess dem Internet zu. Möglicherweise begünstigt es speziell mit Blick auf das von den Nutzern selbst gestaltete Web 2.0 eine neue Qualität transnationaler Medien und Medienutzung, da Medienangebote eben in einem von vorn herein entgrenzten Raum entstehen und die Differenzierung zwischen Aufnahme- und Herkunftsland kaum von Belang ist. Beispielfhaft sind hier Portale wie bizimale.de, jurblog.de, vaybee.de oder turkdunya.de.¹⁵

Studien zur Mediennutzung unter den Türkeistämmigen haben ergeben, dass mit fortschreitender Integration, einschließlich des Erwerbs von Sprache und höherer (formaler) Bildung, auch in der jüngeren Generation keine Abkehr von türkischen Medienangeboten feststellbar ist, sondern türkische und deutsche Medienangebote vielmehr komplementär genutzt werden.¹⁶ Dies deutet auf eine große Bedeutung transnationaler medialer Räume für die Lebenswirklichkeit von Migrantinnen und Migranten hin. Der türkische Staat ist hier über das Staatsfernsehen ein wichtiger Akteur. Das Mediennutzungsverhalten korrespondiert mit der oben skizzierten „Patchwork-Identität“. Das weitgehende Fehlen nicht nur grenzüberschreitender, sondern tatsächlich entgrenzter Medienangebote (wie sie im Internet allerdings inzwischen entstehen) überlässt die Synthese der grenzüberschreitenden Medienrezeption den Migrantinnen und Migranten, die dann mehr oder weniger bruchlos gelingen kann.

Deutsche in der Türkei

Reformen in der Türkei nach dem Militärputsch von 1980 in Richtung einer Abkehr vom etatistischen Wirtschaftsmodell und einer Öffnung zum Weltmarkt ermöglichten nicht zuletzt ein rasches Wachstum des Tourismussektors. Heute ist der Tourismus in der Türkei eine der wichtigsten Dienstleistungsbranchen.

¹⁴ Siehe dazu ausführlich Sonja Weber-Menges, Die Entwicklung der Ethnomedien in Deutschland, in: Rainer Geißler/Horst Pöttker (Hrsg.), Integration durch Massenmedien. Medien und Migration im internationalen Vergleich, Bielefeld 2006, S. 121–145.

¹⁵ Vgl. Kathrin Kissau/Uwe Hunger, Politische Sphären von Migranten im Internet, Baden-Baden 2009.

¹⁶ Vgl. Dirk Halm, Die Medien der türkischen Bevölkerung in Deutschland. Berichterstattung, Nutzung und Funktion, in: R. Geißler/H. Pöttker (Anm. 14), S. 90 ff.

Rund 20 Millionen Touristen besuchen jedes Jahr die Türkei, womit sie zu den zehn weltweit bedeutendsten Reisezielen gehört. Die Deutschen stellen unter diesen mit rund vier Millionen Gästen die größte Gruppe.

Bei der Betrachtung der deutsch-türkischen Beziehungen steht in der Regel die Bundesrepublik als Migrationsziel für Menschen aus der Türkei im Vordergrund. Dabei wird oft übersehen, dass die intensiven bilateralen, wirtschaftlichen, zivilgesellschaftlichen und zwischenmenschlichen Beziehungen beider Länder auch dazu geführt haben, dass sich schätzungsweise zwischen 44 000 und 52 000 Deutsche dauerhaft in der Türkei niedergelassen haben. Die Anwesenheit des Großteils der heute in der Türkei lebenden Deutschen steht im Zusammenhang mit zwei deutsch-türkischen Entwicklungen: Zum einen hat das rasante Wachstum des Türkei-tourismus das Land in den vergangenen Jahren auch für langfristige Aufenthalte insbesondere für Seniorinnen und Senioren interessant gemacht hat. Zum anderen hat die türkische Migration nach Deutschland mittelbar stark begünstigend auf die deutsch-türkischen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen gewirkt und zusätzliche deutsche Geschäftsleute in die Türkei gelockt. Weiterhin haben im Rahmen binationaler Ehen deutsche Ehegatten in einigen Fällen die Remigration des Partners in die Türkei mit vollzogen. Aus diesen Gruppen rekrutieren sich die heute dauerhaft in der Türkei lebenden deutschen Residenten. Darüber hinaus lassen sich immer mehr Rentnerinnen und Rentner zeitweilig in der Türkei nieder; schätzungsweise 150 000 Deutsche überwintern jedes Jahr dort.

Die Ausübung der christlichen Religion war für die Deutschen in der Türkei lange schwierig, da der türkische Staat unabhängigen Glaubensgemeinschaften keinen Rechtsstatus zubilligt. Gleichwohl haben sich in Istanbul eine evangelische sowie eine katholische Kirchengemeinde gegründet, deren Einzugsbereich sich auf die gesamte Türkei erstreckt. Sie finanzieren sich weitgehend aus Spenden und Beiträgen. In den Räumen Izmir, Ankara und Antalya/Alanya arbeiten weitere deutsche Pfarrer. Eine Stärkung nichtstaatlicher Religionsgemeinschaften, die sich in der Türkei momentan abzeichnet, wird auch zu einer Verbreiterung des transnationalen Raums Deutschland-Türkei führen, indem dieser dann auch die christlichen Kirchen einbezieht.

Seit 1996 hat sich das bilaterale Handelsvolumen zwischen Deutschland und der Türkei fast verdreifacht und betrug 2007 24,8 Milliarden Euro. Zwischenzeitliche wirtschaftliche Krisen in der Türkei wie 1999 und 2001 konnten den langfristigen Wachstumstrend dabei nur kurzzeitig dämpfen. Zugleich hat die Türkei ihre wirtschaftlichen Beziehungen diversifiziert und Kontakte sowohl nach Europa, aber auch in den Nahen Osten und in die Nachfolgestaaten der Sowjetunion geknüpft. Wirtschaftlich ist die Türkei nicht mehr von Europa und von den Überweisungen der türkeistämmigen Auswanderer in Deutschland und anderen EU-Länder abhängig, wie dies noch in den 1960er und 1970er Jahren der Fall war. Unterdessen haben in Deutschland Türkeistämmige zahlreiche Unternehmen gegründet. Für 2004 wurde ihre Zahl mit 60 500 angegeben. Seit dem Beginn der 1990er Jahre hat sich ihre Zahl verdoppelt. Diesem sprunghaften Anstieg der Selbständigenquote steht eine deutlich gesunkene Beschäftigungsquote der Gruppe gegenüber.¹⁷ Die Gründung des eigenen Unternehmens ist offenbar für viele eine Strategie, die Folgen der Strukturkrise derjenigen Industrien zu bewältigen, für die in den 1960er und 1970er Jahren Arbeitskräfte angeworben worden waren. Für diese Gründungen sprachen die Marktnische der eigenen Landsleute als sicherer Kundenstamm, aber auch die Beziehungen zum Heimatland, die als soziales und kulturelles Kapital aktiviert werden konnten. Aus der Türkei bezogen die Unternehmer zudem ihre Waren. Inzwischen haben sich die türkischen Unternehmer in Deutschland in den drei Interessensverbänden ATIAD, MÜSIAD und TIDAF zusammengeschlossen.

Demgegenüber stellt Deutschland aber auch die größte Zahl der ausländischen Firmen, die in der Türkei Direktinvestitionen getätigt haben. Die Zahl deutscher Unternehmen bzw. türkischer Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung ist in den vergangenen Jahren nach Auskunft des Auswärtigen Amtes auf über 3100 gestiegen. Diese Aktivi-

¹⁷ Vgl. Institut für Mittelstandsforschung, Die Bedeutung der ethnischen Ökonomie in Deutschland. Push- und Pull-Faktoren für Unternehmensgründungen ausländischer und ausländischstämmiger Mitbürger (Kurzfassung), Mannheim 2005, S. 5 ff.

täten werden dadurch begünstigt, dass die türkeistämmige Bevölkerung in Deutschland als eine Brücke zum türkischen Markt fungiert und deutschen Unternehmen den Zugang erleichtert.

Perspektiven

Der transnationale Raum Deutschland-Türkei ist so facettenreich wie widersprüchlich. Die Frage nach seiner zukünftigen Ausgestaltung und den Auswirkungen auf die deutsch-türkische Lebenswirklichkeit ist entsprechend schwer zu beantworten. Im Kern geht es darum, inwieweit Bedingungen des Nationalstaates das Leben auch zukünftig prägen werden. So wurde auf den expandierenden deutsch-türkischen Wirtschaftsraum hingewiesen, der auch die Push- und Pull-Faktoren von Migration verändert. Umfragen zeigen, dass rund ein Drittel der Türkeistämmigen in Deutschland „Rückkehrabsichten“ hegt und ihre Zahl in den vergangenen Jahren sogar leicht gestiegen ist.¹⁸ Dies bedeutet aber nicht, dass diese Pläne tatsächlich umgesetzt werden. Es verbleiben beträchtliche rechtliche Hürden mit Blick auf Niederlassungs- und Aufenthaltsbestimmungen und die Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen. Die „ethnische Ökonomie“ in Deutschland ist indessen nicht nur eine Erfolgsgeschichte, sondern wirft auch Fragen nach der Nachhaltigkeit von Unternehmensgründungen auf. In vielen Fällen dürften Gründungen weniger durch die Chancen im transnationalen deutsch-türkischen Raum als vielmehr durch den Mangel von Erwerbsalternativen in Deutschland zu erklären sein.¹⁹

Die Bewertung transnationaler Erwerbsbiographien ist ebenfalls ambivalent: Die deutsche Gesellschaft verliert einerseits wichtige Potentiale, wenn junge, qualifizierte Menschen Deutschland verlassen, weil sie sich hier vergleichsweise chancen- und perspektivlos sehen. Zugleich kann dieses Mobilitätspotenzial aber transnationale Kontakte

¹⁸ Vgl. Martina Sauer, Perspektiven des Zusammenlebens: Die Integration türkischstämmiger Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der achten Mehrthemenbefragung, Essen 2007, S. 96.

¹⁹ Vgl. Institut für Mittelstandsforschung (Anm. 17), S. 7.

und Wirtschaftsbeziehungen schaffen und vorantreiben.²⁰

Die Identitäten türkeistämmiger Migrantinnen und Migranten in Deutschland sind vermehrt als Patchwork aus Deutschland- und Türkeiorientierung zu begreifen, nur selten aber als wirklich transnationale Identitäten. Anlog dazu ist auch die Entwicklung der deutsch-türkischen zivilgesellschaftlichen Organisationen uneindeutig: Der Erleichterung grenzüberschreitender Kontakte und einem fortdauernden Familiennachzug steht die Akkulturation der zweiten und dritten Migrantengeneration entgegen, mit unklaren Folgen für die zivilgesellschaftlichen deutsch-türkischen Netzwerke.

Identitäre Fremd- und Selbstzuschreibungen und funktionale Bezüge sind oft diskrepant; dabei spielen die Rückkehrillusion und die verspätete Wende in der deutschen Einbürgerungspolitik eine große Rolle.²¹ Sicher ist aber: Mit fortschreitender Globalisierung und Migration als einem der wichtigsten Elemente dieser Entwicklung, infolgedessen Aufenthalte nicht immer stetig sind, Pendelmigration auftritt und mediale Netzwerke immer weiter geknüpft werden, greifen Vorstellungen zu kurz, die Herkunftslandorientierung als integrationshemmend beschreiben. Nicht nur Offenheit gegenüber westlichen Ländern, sondern auch Offenheit gegenüber der Türkei kann wirtschaftlich und kulturell bereichernd sein. Die Deutschtürken sind dabei zunehmend eine dynamische Verbindungsgruppe.

²⁰ Siehe zu dieser Diskussion auch Dietrich Thränhardt, Entwicklung durch Migration. Ein neuer Forschungs- und Politikansatz, in: ders. (Hrsg.), Entwicklung und Migration. Jahrbuch Migration – Yearbook Migration 2006/2007, Münster 2008, S. 102–128.

²¹ Vgl. ders., Einbürgerung. Rahmenbedingungen, Motive und Perspektiven des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit, Bonn 2008.

APuZ

Nächste Ausgabe

41/2009 · 5. Oktober 2009

Lebensentwürfe

Norbert Bolz

Ich will einen Unterschied machen!

Thomas Gesterkamp

Vielfalt der Geschlechterrollen

Kathrin Mahler Walter · Helga Lukoschat

Kinder und Karrieren: Die neuen Paare

Klaus Dörre

Das Ende der Planbarkeit

Marina Rupp

Regenbogenfamilien

Dieter Otten · Nina Melsheimer

Lebensentwürfe „50plus“

Michael Feldhaus · Monika Schlegel

Vielfalt (mobiler) Lebensformen?

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Hans-Georg Golz
Johannes Piepenbrink
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Manuel Halbauer (Volontär)

Telefon: (0 18 88) 5 15-0
oder (02 28) 9 95 15-0

Internet

www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main.

Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung einschließlich
APuZ zum Preis von Euro 19,15
halbjährlich, Jahresvorzugspreis
Euro 34,90 einschließlich
Mehrwertsteuer; Kündigung
drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main.
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
parlament@fsd.de

Die Veröffentlichungen
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

Mehrap Söyler

3–8 **Der demokratische Reformprozess in der Türkei**

Entscheidend für den Erfolg des Reformprozesses in der Türkei sind Fortschritte bei der demokratischen Kontrolle des Militärs sowie die Auflösung des so genannten „Staats im Staate“, der eine halbformelle kriminelle Herrschaftsstruktur hervorgebracht hat.

Şahin Alpay

9–15 **Die politische Rolle des Militärs in der Türkei**

Das türkische Militär sieht sich als Hüterin der kemalistischen Prinzipien und begründete so drei Putsche und einen „kalten“ Staatsstreich. Trotz der im Zuge der Annäherung der Türkei an die EU veränderten zivil-militärischen Beziehungen hat der politische Einfluss des Militärs Bestand.

Ismail Ermagan

15–20 **EU-Skeptizismus in der türkischen Politik**

Sowohl in der regierenden AKP als auch in der größten Oppositionspartei CHP gibt es Kräfte, die einem Beitritt der Türkei zur Europäischen Union skeptisch gegenüberstehen. Gründe für diese Haltung finden sich in der Geschichte der Türkei, in den Entwicklungen der Parteien und in der politischen Gegenwart.

Susanne Güsten

20–26 **Die Kurdenfrage in der Türkei**

Der Kurdenkonflikt wurde vom türkischen Staat lange Zeit als reines „Terrorproblem“ gewertet. Inzwischen hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass das Problem nicht allein militärisch gelöst werden kann. Die Chancen für eine friedliche Beilegung sind derzeit so gut wie nie.

Loay Mudhoon

27–32 **Die türkische AKP als Vorbild für die arabische Welt?**

Hervorgegangen aus einer islamistischen Partei, hat sich die AKP seit ihrem Regierungsantritt 2002 zu einer Partei der „neuen türkischen Mitte“ entwickelt. Auf den arabischen Raum lassen sich die türkischen Erfahrungen im Umgang mit dem Islamismus jedoch kaum übertragen.

Dirk Halm · Dietrich Thränhardt

33–38 **Der transnationale Raum Deutschland–Türkei**

Der Blick auf den Nationalstaat reicht nicht aus, um das Verhältnis zwischen der Türkei und Deutschland zu erfassen. Es gibt eine große Zahl durch die Zivilgesellschaften geknüpfter Netzwerke. Dieser transnationale deutsch-türkische Raum wirkt sich auf die Lebenswirklichkeit in beiden Ländern aus.